

**WENN
NICHT WIR,
WER DANN?**

Faschismus
erkennen,
verstehen,
bekämpfen



Eine Broschüre der Internationalistischen Jugendkommunen zur Jugendkonferenz gegen Faschismus vom 7. bis 9. Juni 2024 in Zeitz

Kontakt:

jugendkommunen@riseup.net

info@jugendstehtauf.de

Instagram:

@jugendkommune.ffm

@jugendkommune.ac

@jugendkommune.berlin

@jugendkommune.md

@jugendkommune.le

@jugendkommune.h

@jugendkommune.nbg

@jugendstehtauf

Inhaltsverzeichnis

Die Zeit der Märchen ist vorbei; es ist die Zeit der Monster

Der Aufstieg des Faschismus und
wo wir heute stehen – eine Lageanalyse **1**

Ein Sturm zieht auf

Zur Lage der rechten und
faschistischen Kräfte **17**

Schlechtes Wetter – harte Zeiten

Zur Lage der demokratischen und
antifaschistischen Kräfte **46**

Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren

Ein vorsichtiger Ausblick und
was es zu tun gibt **61**



Die Zeit der Märchen ist vorbei; es ist die Zeit der Monster

Der Aufstieg des Faschismus und wo wir heute stehen - eine Lageanalyse

Die Massenproteste gegen die AfD Anfang 2024 waren zweifelsohne ein wichtiger Moment für viele Menschen in Deutschland. Zum ersten Mal seit langem schien es, als würde sich die Gesellschaft aus einer Starre, mit der sie bisher auf den Aufstieg der AfD geblickt hatte, lösen und sich diesem entgegenstellen.

Anscheinend waren die ans Licht gekommenen und offen ausgesprochenen Vertreibungspläne von Millionen von Menschen der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen und Hunderttausende auf die Straße gebracht hat

Auch wenn die AfD, angestoßen durch die Proteste und

nun durch die Enthüllungen zu Verbindungen nach Russland und China, in Umfragen schwächeln mag, lohnt es sich, um ihren Aufstieg zu verstehen, einen Schritt zurückzumachen.

Mit dieser Broschüre wollen wir eine umfassendere Analyse der politischen Situation, in der sich die Gesellschaft hierzulande befindet, erstellen.

Wie kommt es zum Aufstieg der AfD? Was passiert mit unserer Gesellschaft, in der plötzlich mehr als ein Fünftel der Menschen bereit sind, faschistische Positionen zu wählen? Wie hat sich die öffentliche Stimmung derart verändert? Welche Entwicklungen müssen wir erwarten und wie können wir intervenieren?

Während diese Analyse noch vor wenigen Jahren in Deutschland nur bedingt greifbar war, kann heute mit Fug und Recht behauptet werden, dass wir in eine Phase der tiefgreifenden Krise eingetreten sind, deren Anfang im Rückblick diffus und deren Entwicklungen in die Zukunft unklar und nebelhaft erscheinen. Das Zeitalter des vermeintlichen Friedens ist dabei ohne, dass wir ein genaues Enddatum feststecken können, zum Ende gekommen. Die Krisen, die wir durchleben, sind das Symptom dieses Endes. Ein Zitat, das die Phase in die wir uns hineinbegeben zutreffend beschreibt und auch deshalb in den letzten Jahren schon fast zu oft benutzt wurde, ist eines des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci, der schrieb: *"Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit*

der Monster“.

Wirklich greifbar wurde die Krise, gerade für die Jugend hierzulande, spätestens mit dem Beginn dieses Jahrzehnts. War davor noch das vorherrschende und prägende Gefühl, innerhalb der Gesellschaft in eine Weltregion der Sicherheit nicht nur im physischen, sondern auch im wirtschaftlichen Bereich, geboren zu sein, begann dies mit dem Beginn der Pandemie Anfang 2020 zu schwinden.

Dennoch gab es auch davor große Teile der Gesellschaft, die dieses Gefühl nicht geteilt haben und tagtäglich mit Armut und Unsicherheit zu kämpfen hatten und bis heute haben. Allerdings konnte sich bis dahin doch ein gesellschaftliches Narrativ halten, dass es stetig nach vorne gehe.

Krise und gesellschaftliche Ohnmacht

Der Beginn der Pandemie im Jahr 2020 hat für viele Jugendlichen die Welt stillstehen lassen. Die Zukunft, war sie davor vielleicht relativ klar abgesteckt, schien plötzlich ungewiss zu werden. Für wie lange noch keine Schule oder Uni? Für wie lange noch Einschränkungen im Sport? Mit wem kann ich mich noch treffen, um nicht einen potenziell tödlichen Virus weiterzubreiten? Für wie lange noch Schikanen von der Polizei, wenn man sich doch mit mehr als fünf Leuten draußen aufhält? Wie lange noch befindet sich unsere Gesellschaft in diesem Ausnahmezustand?

Das falsche Versprechen einer selbstbestimmten Zukunft bröckelte bereits hier massiv. Gleichzeitig und nicht unabhängig davon, setzte eine Wirtschaftskrise ein, die auch das Versprechen zum allgemeinen Wohlstand einer immer weiterwachsenden Wirtschaft einbrechen ließ.

Die Krise unserer heutigen Lebensweise wurde das erste Mal für so gut wie alle Teile der Gesellschaft spürbar, ganz persönlich in unser aller Leben.

Eine Krise, die der Staat zu nutzen wusste, um Mechanismen der Kontrolle weiter auszuweiten. Die Kontrolle von Orten des Zusammenkommens, aber auch die Verlagerung weiterer Teile des Lebens in den digitalen Raum, können hier genannt werden. Ebenso wurde das Bedürfnis nach Sicherheit der Bevölkerung geschürt und eine Politik entwickelt, die vor allem der Sicherheit des Staates diene.

Ziemlich genau zwei Jahre nach dem Beginn der Coronakrise 2022 wartete schon die nächste Krise auf uns; der Angriff Russlands auf die Ukraine und hierzulande die Ausrufung der Militarisierung unter dem Titel der „Zeitenwende“. Die Krise nach der Krise, bei der allen klar wurde, dass der zunächst übergangsmäßig erscheinende politische und gesellschaftliche Ausnahmezustand sich in einen Dauermodus verwandelt hatte.

Seit Anfang 2022 sind wir nicht nur in Deutschland,



sondern weltweit mit Entwicklungen konfrontiert, deren Ausmaß die kollektive Krisenerfahrung verstärkt und zementiert hat. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat dafür gesorgt, dass die Illusion der Geborgenheit in Europa und in Deutschland in sich zusammengebrochen ist. Die Geborgenheit und vermeintliche Sicherheit haben sich durch die Entwicklungen während der Corona-Pandemie, des Krieges in der Ukraine oder im Nahen Osten in eine allgemeine Ohnmacht gewandelt, in der die Gesellschaft als passives Opfer, über das die Krisen herfallen und weniger als handelnder Akteur erscheint.

Auch die politische Sphäre orientiert sich im Übrigen in der öffentlichen Begründung ihrer Entscheidungen an dieser gesellschaftlichen Stimmung. Beinahe alle politischen Entscheidungen sei es die Entscheidung zur Aufrüstung, die Streichung von Sozialleistungen, die schnellere Abschiebung Geflüchteter oder die Einführung von verschärfter Überwachung, werden nicht mit politischer Motivation, sondern durch eine äußere Notwendigkeit begründet. Allen sind vermeintlich die Hände gebunden und niemand trifft mehr Entscheidungen aus Überzeugung. Auf diese Weise ist die Politik in der Lage, einer Gesellschaft, welche die Krise und eigene Ohnmacht täglich spürt, vermeintlich unausweichli-



che Lösungen zu präsentieren und durchzusetzen.

Diese Situation ruft all jene politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger auf den Plan, die seit jeher von mehr Befugnissen für Polizei und Sicherheitsbehörden, einer härteren Gangart in der Migrationspolitik, einem grundlegenden Kahlschlag im Sozialstaat, oder eben von Aufrüstung und einer offensiveren deutschen Außenpolitik träumen.

Sie alle profitieren von dieser gesellschaftlich-politischen Situation, in der sie Projekte, über die noch vor wenigen Jahren kontrovers und gesellschaftlich breit debattiert wurde, ohne viel Widerspruch umsetzen können. Die Einführung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr ist ein solches Beispiel. Gleichzeitig haben sie die Möglichkeit, sich als Retter:innen in Zeiten der Krise darzustellen, indem sie mit ihren angeblichen Lösungen einen vermeintlichen Ausweg aus der Krise und damit der Ohnmacht präsentieren. An die Ursachen der Krisen und der Ohnmacht gehen ihre „Lösungen“ allerdings nicht, sondern drohen diese sogar weiter zu verschärfen.

Doch auch in dieser gesellschaftlich-politischen Stimmung sind immer noch Überbleibsel der Zeit davor zu sehen, die sich in teilweise paradox erscheinender Art und Weise mit der Ohnmacht und dem Gefühl des Ausgeliefertseins verbinden. Dazu gehört gerade unter der Jugend ein weitverbreiteter Hedonismus, dem Streben nach möglichst kurzfristiger Befriedigung, sowie ein

stark auf Konsum ausgelegter Lebensstil.

Während diese Aspekte vor wenigen Jahren Teil des allgemeinen Zeitgeistes waren und gut zu dem allgemeinen Gefühl der physischen und wirtschaftlichen Sicherheit gepasst haben, erscheinen sie heute in einem anderen Licht. Heute dienen sie dem einfachen Zweck, die allgemeine Situation aushaltbarer und erträglicher zu machen. Je perspektivloser die Zukunft durch Kriege, Wirtschaftskrise, Klimawandel wird, desto essenzieller werden für eine Gesellschaft, die sich mit diesem Umstand verständlicherweise nicht anfreunden will, Ausflüchte, die einem zumindest für einen Moment das Gefühl der vermeintlich "heilen Welt", zurückgeben. Die Ohnmacht oder die ihr zugrunde liegenden Probleme werden auch dadurch natürlich nicht gelöst. Lediglich das Individuum, das auf bestimmten Events große Gruppen antrifft, schafft es, dadurch für einen Moment alles um sich herum zu vergessen.

Nach außen Krieg, nach innen Sicherheit, Kontrolle und Zwang

In dieser gesellschaftlichen Stimmung stehen die Zeichen auf eine politische Kehrtwende. Der Krieg, der von den wichtigen Industrienationen bis auf die Balkankriege der 1990er und 2000er-Jahre vom europäischen Kontinent ferngehalten wurde, ist zurück in Europa. Dass dieser auch nicht so schnell wieder endet und der Wettkampf um Ressourcen, Handelswege und Absatzmärkte wieder durch direkte militärische Mittel von

europäischen Staaten und nicht nur durch deren Stellvertreter ausgetragen wird, darauf bereitet sich aktuell insbesondere Deutschland vor.

Waren sich führende Politiker:innen in der Frage, welche Rolle Deutschland in der EU spielen soll, noch uneinig, ist diese Frage heute beschlossene Sache. Deutschland stellt offen den Anspruch in Europa nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische und nicht zuletzt militärische Führung zu übernehmen. Dies wird in Strategiepapieren der Regierung seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine immer wieder erwähnt, weshalb die von der SPD geführte Bundesregierung oftmals von der CDU kritisiert wird, wenn sie in diesen Bestrebungen vermeintlich scheitert.

Noch hinkt Deutschland diesem Anspruch allerdings in einigen Punkten hinterher. Sei es bei der Strukturierung der EU und auf dieser Ebene auch die Frage nach einer eigenen EU-Armee oder auch die innere Struktur und die materielle sowie personelle Ausstattung der Bundeswehr betreffend. In all diesen Punkten arbeiten die verschiedensten Akteure innerhalb des deutschen Staates und der Regierung mit Hochdruck daran, den vermeintlichen Rückstand aufzuholen.

Aber auch im Inneren bedeutet diese Neuordnung eine Verschärfung der Sicherheitspolitik, wobei damit lediglich die Sicherheit staatlicher Strukturen gemeint ist.

Seit der allseits beschworenen Zeitenwende findet in

Deutschland neben der öffentlich breit dargelegten Aufrüstung der Bundeswehr auch eine weniger öffentlich thematisierte, aber deshalb nicht weniger relevante, innere Aufrüstung statt. Damit sind weitreichend Änderungen in der Strafverfolgung, aber gerade auch der inneren Aufstandsbekämpfung gemeint.

Auch hier darf die Zeitenwende-Rede von Olaf Scholz nicht als Stunde null verstanden werden. Vielmehr ist sie ein neuer Meilenstein in einer Entwicklung, die bereits davor eingesetzt hat. Die Verschärfungen der Demonstrations- und Polizeigesetze seit 2017 sind ebenso ein Teil davon, wie die zunehmend schärfere Auslegung des Paragraphen 129, der seit 2022 vermehrt auch kritische Stimmen und alternative Protestformen wie diese der Letzten Generation trifft.

In diesem Zusammenhang ist auch die Vorratsdatenspeicherung zu nennen, die unter anderem mit Innenministerin Faeser eine prominente Fürsprecherin hat. Und dass, obwohl die Rechtswidrigkeit der Vorratsdatenspeicherung von Gerichten wiederholt festgestellt wurde.



Chatkontrolle, der Ausbau von Videoüberwachung, effizientere Aufstellung der Sicherheitsbehörden, Einführung von „Künstlicher Intelligenz“ in der Strafverfol-

gung, Ausweitung der Onlinedurchsuchung, Verkehrsdatenerfassung, schwammige Formulierungen im neuen Bundespolizeigesetz, Einführung von Drohnen und Tasern als Standardausrüstung der Polizei, einfachere Wohnraumüberwachung, Zugriff auf verschlüsselte Kommunikation sind nur einige Beispiele, deren Ausführung den hiesigen Rahmen sprengen würden. Diese zeichnen jedoch ein eindeutiges Bild dessen, wohin auch diese „*Zeitenwende im Inneren*“, wie die SPD-Fraktionvize Dirk Wiese kürzlich forderte, steuert.

Die Frage der Demokratie oder der Aufrüstung und Umstrukturierung ist in Deutschland tatsächlich nicht ausschließlich auf formelle politische Entscheidungen beschränkt. Vielmehr ist in den letzten Jahren in Deutschland aber auch in anderen Ländern eine gravierende Veränderung in der politischen Kultur zu verzeichnen. Am klarsten sieht man dies an der Einschränkung des Rahmens vertretbarer Meinungen in der öffentlichen Debatte. Nicht nur durch staatliche Stellen, die festlegen, welche Meinungen erlaubt sind oder nicht oder durch bewaffnete Schläger, die all jene mundtot machen, die etwas anderes sagen. Sondern auch durch einen klaren öffentlichen Diskurs dessen Spanne an Meinungen, die in einem offenen Austausch miteinander konkurrieren können, eindeutig verengt ist. Bestimmte Meinungen werden hier durch von meinungsführenden Personen delegitimiert und geraten schneller in den Fokus von repressiven Maßnahmen. Ein Beispiel hierfür können wir seit Oktober letzten Jahres in Bezug auf die Proteste gegen den

Krieg in Gaza beobachten. Während der Diskurs von den größten Medien des Landes und den Spitzen der Parteien in mehr oder weniger die gleiche Richtung geführt werden, bleiben weite Teile der Bevölkerung in ihrer Position ungehört. Ihre Meinung wird dabei nicht nur vom "öffentlichen Diskurs" ausgeschlossen, sie wird auch zunehmend durch handfeste staatliche Maßnahmen kriminalisiert. Schon im April diesen Jahres wies Amnesty International bereits in ihrem Jahresbericht darauf hin, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch das Verbot von pro-palästinensischen Demonstrationen bedroht sei. Eine Bedrohung, die in den deutschen Medien wenig thematisiert wird.

Sündenböcke und Faschismus

Der öffentliche Diskurs ist immer stärker geprägt durch die öffentliche Markierung von vermeintlich schuldigen gesellschaftlichen Gruppen, die genauso als Ablenkungsmanöver genutzt werden. Neben Empfänger:innen von Sozialleistungen, sind dies in Deutschland aktuell vor allem geflüchtete Personen oder Menschen mit Migrationshintergrund.



Gerade in diesem Bereich hat die deutsche Politik im vergangenen Jahr eine rasante Verschärfung der Rhetorik und Praxis an den Tag gelegt. Das Thema „Migration“ wurde im Frühjahr 2023 mit einem Mal zu dem

Thema schlechthin erhoben und alle Parteien, von den Grünen bis zur AfD, begannen einen Überbietungswettbewerb in der Frage, wer am konsequentesten abschiebt und die restriktivste Migrationspolitik fährt. Vergessen waren plötzlich Inflation oder Energiekrise. Der gesamte Diskurs fokussierte sich nur noch auf diese eine Frage.

Dass davon vor allem die AfD und andere offen faschistische Kreise profitieren würden, ist wenig überraschend.

Die Parteien der sogenannten politischen Mitte erfüllten in diesem Diskurs bereitwillig die Rolle eines Gehilfen der Rechten in Deutschland. Deren Ziel ist es nicht mehr, primär den Staat zu stürzen oder zu übernehmen, sondern gerade in der Phase, in der sie sich in der Oppositionsposition befindet, eine grundlegende Veränderung des gesellschaftlichen Diskurses und der gesellschaftlichen Stimmung herbeizuführen.

Genau das haben wir in der Frage der Migration im vergangenen Jahr erlebt. Noch im Oktober 2021 oder 2022 wäre es für einen Kanzler Scholz unmöglich gewesen, in der Öffentlichkeit zu verkünden, es müsse im großen Stil abgeschoben werden. Im Oktober 2023 lag er damit genau im Trend.

Tatsächlich hat das letzte Jahr dazu geführt, dass rassistische und faschistische Kräfte in Deutschland ihre Scham davor verloren haben, offen zu sagen, was sie denken. Insofern war die Correctiv-Recherche und ihre Veröffentlichung im Spielplan der faschistischen Bewe-

gung keinesfalls ein größeres Problem. Im Gegenteil, Martin Sellner, einer der Chefstrategen der neurechten Bewegung im deutschsprachigen Raum, hat kurz nach der Veröffentlichung all jene in der AfD angegriffen, die sich vom Begriff der Remigration distanzieren. Er tat das Gegenteil, für ihn war der Zeitpunkt gekommen, das Konzept und den Kampfbegriff noch offensiver und noch unverhohlener einem noch größeren Publikum zu präsentieren.

Und auch in der etablierten Politik war die Erkenntnis aus dem „Geheimtreffen“ nicht etwa, dass eine immer repressiver werdende Asyl- und Migrationspolitik menschenfeindlich und inhuman und daher abzulehnen sei. Nein, in der gleichen Woche in der Scholz und Baerbock sich auf den Demos gegen die Deportationspläne der AfD ablichten ließen, beschloss ihre Bundesregierung die Verschärfung des Abschiebegesetzes. Im April nickten auch ihre Parteien final die GEAS-Reform und damit Haftlager für Minderjährige an den EU-Außengrenzen ab.

Die erhofften Zustimmungszuwächse für Grüne, SPD oder FDP kamen dadurch nicht zustande. Plump gesagt wählen die Leute dann doch immer das Original. Und das Original ist in seiner Oppositionsposition bestätigt, kann sich weiter dadurch profilieren, wie sie ihre Inhalte auch ohne formelle Macht durchsetzen können.

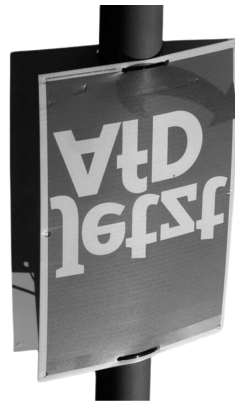
Dieser Aufschwung und das Hochgefühl des rechten

Lagers haben dabei mobilisierende Wirkung auf zwei Gruppen, die sich in der Vergangenheit eher selten zeitgleich mobilisieren ließen. Die erste ist die der gefestigten Faschisten, die nicht direkt Anhänger:innen der AfD sind, vielleicht weil sie ihnen zu lasch ist. Auch diese sehen die gesellschaftlichen Umschwünge, wittern Morgenluft und schrecken seltener als zuvor davor zurück, ihre Ideologie auch offen auszuleben und dieser durch Gewalttaten Ausdruck zu verleihen. Die Zahlen und Erfahrungen der letzten Monate sprechen dabei eine eindeutige Sprache, die all jene, die nicht vorhaben sich vor Faschisten wegzuducken, vor konkrete Probleme stellt.

Die andere Gruppe ist größer und heterogener. Es ist ein großer Teil der Bevölkerung, der sich aufgrund der Krisensituation in einer grundsätzlichen und in weiten Teilen auch berechtigten Anti-Position zur aktuell vorherrschenden Politik sieht. Sie sind auf der aktiven Suche nach einer – leider gibt es dafür kein anderes so passendes Wort – Alternative. Die müsste eigentlich nicht die AfD sein. Manche Teile dieser Gruppe wären grundsätzlich auch durch linke Positionen erreichbar. Allerdings befinden wir uns aktuell in der Bundesrepublik – die Entwicklung dahin besprechen wir weiter hinten in der Broschüre – in einer Phase der historischen Schwäche der gesellschaftlichen Linken. Weite Teile der Linken, parlamentarisch wie außerparlamentarisch, verschwinden in der Bedeutungslosigkeit und/oder werden von Sozialdemokrat:innen und Grünen weich gewaschen. In dieser Situation können fa-

schistische Kräfte, haben sie erst mal eine gewisse Schwelle überschritten und an Dynamik gewonnen, gerade propagandistisch eine absolute Oppositions Position einnehmen und weite Teile des unzufriedenen Lagers für sich vereinnahmen.

Darunter fallen gerade in der aktuellen wirtschaftlichen Situation, die von Unsicherheit geprägt ist, vor allem das Kleinbürgertum oder die sogenannte Mittelschicht. Diese stellen zum einen historisch den Kern des Mobilisierungspotenzials des faschistischen Lagers in Deutschland dar und sind zum anderen in jeder Krisensituation gerade das Lager, welches am empfindlichsten reagiert, wenn es um die Verteidigung des eigenen Status geht. Dabei sind sie stets bereit, weite Teile der demokratischen Maskerade abzulegen. Schon Marxisten und die frühe Arbeiterbewegung erkannten, dass der Mittelstand oder das Kleinbürgertum, die weder zu den Reichen gehören, noch am



Rande der Armutsgrenze leben, am empfänglichsten für rechte bzw. faschistische Ideen sind. Die Angst davor, das zu verlieren, wonach sich ganze Lebensentwürfe ausrichten und sei dies nur der Verlust des geliebten Diesel-Autos oder der Doppelhaushälfte, wird als Angriff auf die eigene Existenz verstanden und löst Ängste aus. Dadurch steigt im Zweifel der Willen, seine

Ansprüche über die anderen gesellschaftlichen Gruppen und in letzter Konsequenz über die anderer Völker zu stellen. Da in Deutschland wenig Güterproduktion und sich stattdessen hier die Früchte von dem, was in anderen Ländern günstig hergestellt wird, angeeignet werden, ist der Mittelstand verhältnismäßig groß.

Dabei unterscheidet sich diese Schicht von marginalisierten und privilegierten Teilen der Gesellschaft darin, dass sie etwas zu verlieren hat. Die Marginalisierten sind schon am Boden, nur durch massiven Einsatz propagandistischer Mittel können sie davon überzeugt werden, dass ihnen etwas weggenommen werden könnte. Die Privilegiertesten sind sich bewusst, dass sie um ihren Reichtum und ihre Position auch in Krisenzeiten nicht bangen müssen.

Die Situation, in der sich unsere Gesellschaft befindet, ist schon jetzt weit von dem entfernt, was die letzten Jahrzehnte geprägt hat. Wir befinden uns in einer Phase des Chaos auf verschiedenen Ebenen, in der der bestehende Status quo versucht, sich mit aller Macht im Sattel zu halten, während er von verschiedenen Seiten herausgefordert wird. Die zunehmend auf autoritären Umbau ausgerichtete Politik in Deutschland mit zeitgleich aufbegehrenden faschistischen Kräften ist ein deutlicher Ausdruck dieser Situation. Mit dem Aufstieg dieser faschistischen Kräfte und wie sie heute aufgestellt sind, beschäftigen wir uns im nächsten Kapitel.



Ein Sturm zieht auf

Zur Lage der rechten und faschistischen Kräfte

Wir schreiben das Jahr 2024, das von manchen als ein ‚Superwahljahr‘ bezeichnet wird. Doch so wie demokratische Wahlen oft als ‚Feste der Demokratie‘ verkauft werden, so drängen sich mit Blick auf die Europawahl und die drei anstehenden Landtagswahlen viele Fragen auf. Woher kommt der Rechtsruck, was für Auswirkungen haben die Wahlerfolge der AfD und was hat das alles mit Demokratie zu tun?

Mit Blick auf das, was sich über dem Himmel Sachsens, Thüringens und Brandenburgs zusammenbraut, wo die AfD momentan als stärkste Kraft gehandelt wird, scheint es so, dass wir uns auf Veränderungen einstellen sollten. Die Klimakatastrophe, die angefeuerte Aufrüstungspolitik und die ansteigende Zahl faschistisch motivierter Übergriffe auf Migrant:innen und Linke, werden die Gesellschaft und unseren Handlungsrah-

men verändern. Ob wir es wollen oder nicht, der Rechtsruck und damit einhergehend die sinkende Hemmschwelle für rechts motivierte Straßengewalt, werden Auswirkungen darauf haben, in welchem Rahmen wir als Freundeskreise zusammenkommen, wie wir uns als politische Gruppen organisieren und wie wir schlichtweg unser Leben führen wollen.

Seit Januar 2024 und der Veröffentlichung der Correctiv Recherche bestätigt sich das, worauf Antifaschist:innen seit langer Zeit mit dem Slogan „Staat und Nazis Hand in Hand!“ verweisen. Die Correctiv Recherche zeigt, dass die politische Sammelbewegung, die umgangssprachlich als rechts bezeichnet wird, gut vernetzt ist und große politische Pläne verfolgt. Von "wir müssen endlich im großen Stil abschieben" eines Olaf Scholz, reichen diese zu Umsturzplänen durch Waffengewalt. Von Forderungen an der Grenze scharf auf Geflüchtete zu schießen¹, zu dem Wunsch, die deutsche Nation die Geschicke der Welt lenken zu lassen, frei nach dem Motto "Am deutschen Wesen mag die Welt genesen"².

Die Methoden, welche zur Umsetzung der Pläne reichen, sind ebenso vielfältig. Von geschickter Nutzung sozialer Medien, über die Repräsentation der AfD in mittlerweile allen politischen Institutionen, bis hin zu

¹ Die ehemalige Vorsitzende der AfD Frauke Petry, hatte 2016 gefordert, Polizisten müssten illegale Grenzübertritte von Geflüchteten verhindern, und dabei "notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz".

² Ein Ausspruch aus dem Gedicht Deutschlands Beruf von Emanuel Geibels aus dem Jahr 1861. In dem Zitat wird der Anspruch an die eigene kulturelle und zivilisatorische Überlegenheit veranschaulicht, die auch im 1. und 2. Weltkrieg wichtige Rechtfertigungen für den deutschen Imperialismus waren.

verschiedensten Organisationen, welche die Straße als ihr politisches Kampffeld betrachten. Dass sich diese politische Rechte nicht immer einer Meinung ist, ist klar. So unterschied-



lich die verschiedenen Akteure sind, so verschieden sind die politischen Programme, die Organisationsstrukturen, die Ideen und damit einhergehend die Mittel, welche zur Anwendung kommen. Wenn wir uns Klarheit verschaffen, mit wem wir es überhaupt zu tun haben, dann haben wir schon einiges gewonnen: Wir können sicherstellen, dass unsere Botschaften auch dort ankommen, wo sie gehört werden sollen und wir eine Sprache finden, die verstanden wird.

Von den Baseballschlägerjahren, übers Eichenblatt zu den Nazi-Hipstern

Die Auseinandersetzung mit faschistischen Kontinuitäten in Deutschland ist normalerweise ein Thema, welches ganze Bücher füllt. An dieser Stelle wollen wir uns insbesondere mit der Entwicklung der politischen „Rechten“ ab den 90er-Jahren auseinandersetzen. Damit wollen wir eine Grundlage der Bewertung für die heutige Realität schaffen und zumindest einen Ansatz dafür liefern, zu verstehen, warum heute gerade die Ideen von AfD und Co. im Osten auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Der Kollaps des Realsozialismus und der Niedergang der ‚Deutschen Demokratischen Republik‘ (DDR) stellten vorrangig im Leben der ostdeutschen Gesellschaft eine gewaltige Zäsur dar. Siegte im ersten Moment die Freude über die Maueröffnung und die neu gewonnenen Freiheiten, wich diese schnell der Erkenntnis, dass sich neben der Hoffnung allerlei Monster aus der Büchse der Pandora fortgestohlen hatten. Während im westdeutschen Regierungssitz in Bonn und bei den Industriellen die Sektkorken knallten, wurde der Ausverkauf eines politischen Systems organisiert, welches der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Westdeutschlands im Sozialen vieles voraushatte.

Was sich damals in der sogenannten ‚Treuhand-Anstalt‘ am Alexanderplatz abspielte, wird als filmreif beschrieben. Zumeist junge Männer stürmten mit Koffern voller Bargeld jene ‚Treuhand‘, um sich das unter den Nagel zu reißen, was in der DDR noch sogenannte ‚volkseigene Betriebe‘ waren. Binnen kürzester Zeit wurde so die Grundlage für die Zerstörung der ostdeutschen Wirtschaft geschaffen und Betriebe unter dem Vorwand mangelnder Rentabilität eingestampft, allzu oft, um unliebsame wirtschaftliche Konkurrenz aus dem Osten zu zerschlagen. Damit wurden zeitgleich die Wünsche derjenigen begraben, welche vor der Wiedervereinigung für grundlegende Reformen, wie Reisefreiheit und Meinungsfreiheit, auf der Straße waren, jedoch an einem demokratisierten, sozialistischen System festhalten wollten. Stattdessen sollte Massenar-

beitslosigkeit folgen und eine breite Perspektivlosigkeit einsetzen.

Eine Erkenntnis der Wiedervereinigung war, dass der in der DDR staatlich verordnete Antifaschismus bei vielen Ostdeutschen nicht etwa den gesellschaftlichen Rassismus tilgte, sondern ihn viel mehr bis auf den Zeitpunkt des Mauerfalls bewusst nicht thematisierte. Das geht darauf zurück, dass auch in der DDR Vertragsarbeiter:innen aus anderen Ländern nicht unbedingt Gleiche unter Gleichen waren, sondern oft von der weißen Mehrheitsgesellschaft isoliert blieben. Ebenso breiteten sich bereits Jahre vor dem Mauerfall rechte Skinhead Gruppen aus, was zum einen Ausdruck einer Ablehnung gegenüber dem starken Staat gewesen sein dürfte, der jegliche Form jugendlicher Rebellion sanktionierte, aber auch der Tatsache geschuldet war, dass auch die Entnazifizierung³ im Osten ihre Lücken hatte.

In dem auf den Zusammenbruch des realsozialistischen Systems folgenden Vakuum breiteten sich ab den 90er-Jahren rechte Skinhead Gruppen aus. Nazi-Kader aus dem Westen gingen gezielt in die neuen Bundesländer, wo sie Morgenluft schnuppern durften. Im Freudentaumel der Wiedervereinigung wurde im gesamten Land ein Gefühl von Einheit und nationaler Stärke geschürt. Zu den Feierlichkeiten am Brandenburger Tor waren nicht nur Reichskriegsflaggen zu sehen, sondern wurden im Glanze alter Zeiten auch preu-

³ Meint den sehr dürftigen Versuch der vier Siegermächte den deutschen Staatsapparat, das Militär und Unternehmensführungen von Nationalsozialisten zu befreien

Bische Pickelhauben getragen. Unter dem Eindruck des Geschilderten sollte in der Nachwendezeit eine Zeit eingeleitet werden, die als ‚Baseballschlägerjahre‘ in die Geschichte eingehen sollte. Vor allem in ostdeutschen Städten begannen Gruppen von Jugendlichen, in Bomberjacken und Springerstiefeln gekleidet, die Haare kurz geschoren, Jagd auf vermeintliche Migrant:innen und Linke zu machen. In der Realität hieß das, dass selbst der Musikgeschmack und ‚falsche Hobbys‘ Grund genug waren, um durch die Straßen gejagt zu werden. Die Polizei, wenn sie nicht gar mit den Faschisten sympathisierte, hielt sich im Hintergrund.

Der rechte Straßenterror gipfelte in den 90er-Jahren in einer ganzen Reihe von Brandanschlägen und politischen Morden. So wurde der 28-Jährige aus Angola stammende Amadeu Antonio 1990 in



Eberswalde nördlich von Berlin totgeschlagen, 1992 Torsten Lamprecht in Magdeburg von Nazis getötet, die eine Geburtstagsfeier mit Eisenstangen und Stahlrohren stürmten. So wurden in Mölln und Solingen 1992 und 1993 Häuser türkischstämmiger Migrant:innen angezündet und acht Menschen, darunter auch Kinder, lebendig verbrannt. So wurde in Rostock-Lichtenhagen, als 1992 das sogenannte ‚Sonnenblumenhaus‘ mit Molotow Cocktails angegriffen, in dem vor allem Vertragsarbeiter:innen aus Vietnam lebten. Wäh-

rend sich die Polizei zurückzog und ein brennendes Haus und 3.000 schaulustige Deutsche zurückließ, welche die Angriffe bejubelten und applaudierten.

Die Liste ließe sich ewig fortführen und die Botschaft war unmissverständlich: Es kann jede:n zu jeder Zeit treffen und auf den Staat ist kein Verlass. Nein schlimmer noch: Die Polizei in Lichtenhagen schaute zu und verhaftete Antifaschist:innen. Mit dem ‚Asylkompromiss‘ 1993 verabschiedeten CDU und SPD eine Gesetzesänderung, welche die Zahl der ‚Asylbewerber:innen‘ senken sollte; vermeintlich um dadurch weitere Pogrome zu verhindern. Während also der Staat dem Anschein nach die Kontrolle behielt, waren es in großen Teilen Ostdeutschlands Neo-Nazi Strukturen, welche in vielen Dörfern und Städten das Sagen hatten.

Der Mythos der Entnazifizierung

Der rechte Straßenterror begann jedoch nicht erst mit der Wiedervereinigung. Bereits wenige Jahre nach der deutschen Kriegsniederlage begannen sich in Westdeutschland rechte Parteien, Verlage und Organisationen zu reorganisieren. Alte Würdenträger des Hitlerfaschismus wurden wiederum in den Aufbau von Verwaltungs- und Sicherheitsinstitutionen, wie der Bundeswehr oder dem Verfassungsschutz eingebunden. Nur logisch, dass rechten Organisationen jahrzehntelang der Rücken freigehalten wurde. Ein Beispiel, das die Situation in der Bundesrepublik gut veranschaulicht, waren sogenannte ‚Wehrsportgruppen‘, die in den

60ern und 70ern aufgebaut wurden und teilweise Hunderte aktive Mitglieder fassten. Mit SS-Symbolen auf den Armen schulte sich beispielsweise die Wehrsportgruppe Hoffmann in Wäldern und auf Schießplätzen in Methoden des Partisanenkriegs. Sechs Jahre wurden sie von der bayrischen CSU unter Franz Joseph Strauß geduldet. Heute gilt die Wehrsportgruppe Hoffmann als Keimzelle sämtlicher militanter Neonazigruppen der folgenden Jahrzehnte. Die Akteure von dem, die wir der Einfachheit halber als ‚Alte Rechte‘ bezeichnen werden, wurden häufig innerhalb dieser Wehrsportgruppe ideologisch geschult und praktisch ausgebildet, um die gemachten Erfahrungen auf spätere Organisationen zu übertragen.

Die ‚Alte Rechte‘ ist damals wie heute ein Sammelbecken verschiedenster Kräfte, von Burschenschaften, Parteien über ‚Freie Kameradschaften‘ bis hin zu Gruppen, die im Untergrund agierten. Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist die 1964 gegründete ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) die sich kürzlich in „Die Heimat“ umbenannte, welche sich mal offen, mal versteckt auf den Nationalsozialismus und seine Prinzipien bezieht. Das bedeutet sowohl einen positiven Bezug auf das Führerprinzip sowie einen völkischen Nationalismus, welcher an der Idee einer höherwertigen deutschen ‚Herrenrasse‘ festhält. Daraus entstehen wiederum klassische Feindbilder: Migrant:innen, Juden und Jüdinnen und in Anlehnung an den historischen Antikommunismus, Hass auf alles, was als politisch links gilt. Bis in die 70er-Jahre wurde die Politik

der NPD von sogenannten ‚Altnazis‘ dominiert. Damit sind die älteren Generationen gemeint, die schon zu Zeiten des Nationalsozialismus Anhänger Hitlers waren. Ab den 70er-Jahren übernahm eine neue Generation das Ruder, welche das 3. Reich nur aus Erzählungen kannte. Damit war der Begriff ‚Neonazi‘ geschaffen.

Stand die NPD 1969 noch kurz vor dem Einzug in den Bundestag, nahm die Popularität gemessen an Wähler:innenstimmen über die Zeit konstant ab. Interne Linienkämpfe über die Parteiausrichtung, ausbleibende Erneuerungsprozesse und nicht zuletzt konsequentes antifaschistisches Dagegenhalten haben dafür gesorgt, dass die NPD demoralisiert wurde und sich zunehmend aus der Öffentlichkeit zurückziehen musste. Ähnlich ist es auch anderen Projekten ergangen, wie beispielsweise der Partei ‚Die Rechte‘, die in Dortmund von sich reden machte und in dem Stadtteil Dorstfeld eine ‚National befreite Zone‘ schaffen wollte. De facto bedeutete dies neben zahlreichen ‚Nazi Kiez‘ Graffiti in der Umgebung der Schulungszentren von ‚Die Rechte‘, dass eine gewisse Kontrolle über den Stadtteil ausgeübt wurde. Diese national befreiten Zonen hatten auf kurze Sicht zwar nicht den Anspruch und die Fähigkeit die Institutionen des Staates zu verdrängen und konnten auch nur durch gezielten Zuzug als diese aufgebaut werden. Dennoch wurde es, wenn schon nicht für die Polizei, dann für Migrant:innen und Linke deutlich gefährlicher, sich in diesen Vierteln zu bewegen.

Ähnliche Versuche solche Zonen zu schaffen gibt es heute weiterhin in Ostdeutschland durch den ‚III. Weg‘⁴, durch ‚Kameradschaften‘ oder vereinzelt und bis jetzt kaum erfolgreich die Identitäre Bewegung⁵. Auf ‚NS-Zone‘- Schriftzüge oder Ähnliches wird man auch heute noch in weiten Teilen Ostdeutschlands stoßen. Oftmals sind die dahinterstehenden Personenkreise sehr klein, jedoch gut organisiert und bereit, ihre Ansprüche mit Gewalt durchzusetzen. Außerhalb des städtischen Raumes gibt es zudem einen bunten Mix von sogenannten völkischen Siedlern und Reichsbürgern⁶, die zwar abgeschieden leben, aber schleichend versuchen, Orte zu unterwandern oder gar eigene ‚nationale Dörfer‘ aufzubauen. Bei näherer Betrachtung teilen sie ähnliche politische Weltbilder wie die alte Rechte, doch die Konsequenzen und die politische Strategie, die sich daraus für sie ergeben, sind andere.

Dennoch sind völkische Siedler und das Reichsbürger Milieu trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten über Strategie und Taktik bestens in andere Strukturen vernetzt. In ihrem Ziel unterscheiden sie sich insofern von der NPD, dem III. Weg und Co., dass sie in ihren Projekten weniger einen revolutionären Charakter haben, sondern schleichend Regionen auf dem Land überneh-

⁴ Weiter hinten gehen wir noch weiter auf die Partei ein

⁵ Eine Gruppierung der Neu-Rechten, welche sich 2012 in Deutschland und Österreich inspiriert aus Frankreich gegründet hat. Anfangs traten sie nur mit medienwirksamen Aktionen in Erscheinung, ab 2015 traten sie dann auch immer mehr mit Aktionen wie Hausbesetzungen und Flashmobs in Erscheinung. Die Identitäre Bewegung bezieht sich vor allem auf die Reconquista und den Ethnopluralismus (erklären wir weiter hinten in der Broschüre)

⁶ Ist ein Sammelbegriff für verschiedenste Personen und Gruppierungen, welche die Bundesrepublik Deutschland nicht als Staat anerkennen und noch an das Fortbestehen des Dritten Reiches in den Grenzen von 1937 oder des Deutschen Kaiserreiches glauben.

men wollen. Dabei geht es vor allem um die Erhaltung der ‚deutschen Rasse und Kultur‘ durch die Schaffung komplett vom Staat unabhängiger Räume, weshalb beispielsweise ein historischer Bezug zu den ‚Artama-
nen‘ gemacht wird. Diese galten vor der NS-Zeit als völkischer Teil der Jugendbewegung und wurden später in die Hitler-Jugend integriert. Völkische Siedler haben wie andere Teile der Rechten einen Hang dazu, sich mit Waffendepots und Lebensmittelreserven auf den Niedergang der bestehenden Ordnung vorzubereiten und gegebenenfalls ein wenig nachzuhelfen. Ebenso werden zur Verbreitung der Ideen Freiwillige Feuerwehren, Elternbeiräte und quasi alles, wo ehrenamtliches Engagement gefragt ist, gezielt unterwandert. Anwohner:innen, die sich dagegen wehren, werden wiederum angefeindet und oft so lange eingeschüchtert, bis sie die Orte verlassen müssen.

Der NSU als mahnendes Beispiel

Ein Beispiel für den Versuch des Ausbaus einer ‚National befreiten Zone‘ aus der jüngeren Vergangenheit ist die thüringische Stadt Eisenach, in welcher es immer noch einen warmen Austausch zwischen sämtlichen rechten Organisationen gibt. So gehen im dortigen NPD-Büro Mitglieder der Kampfsportgruppe ‚Knockout 51‘, des ‚Blood & Honour‘ Netzwerkes, ‚Combat 18‘ und der ‚Hammerskins‘ ein und aus. Diese Gruppen sind mittlerweile zwar als Organisationen verboten, Bekanntschaften lassen sich durch Organisationsverbote allerdings natürlich nicht auflösen. Eine Listung all

der Querverbindungen dieser Organisationen, von Waffenfunden, über Tötungsabsichten und Kontakten in den Staatsapparat sprengt an dieser Stelle den Rahmen.

Als Beispiel dafür wollen wir nur die zahlreichen Kontakte zum ‚Nationalsozialistischen Untergrund‘ (NSU) nennen, der ab dem Jahrtausendwechsel zahlreiche Mordanschläge auf Migrant:innen ausübte⁷ und über ein Unterstützernetzwerk von Hunderten Personen verfügte. Besondere

Brisanz bekam der Fall erst nach der Selbstenttarnung des NSU 2011. Zuvor war die Polizei bei den Taten nicht von rassistischen Hintergründen ausgegan-



gen, stellte keine Verbindungen zwischen den einzelnen Taten her und ermittelte stattdessen teilweise gegen die Betroffenen. Nach der Selbstenttarnung wurde in der Folgezeit auch deutlich, dass der deutsche Inlandsgeheimdienst nicht nur vom NSU gewusst hatte, sondern über V-Leute innerhalb der Struktur mithilfe staatlicher Gelder einen großen Teil dazu beitrug, die Organisation zu finanzieren. Um ein Bekanntwerden der Rolle des Inlandsgeheimdienstes bei den NSU-Morden zu verhindern, wurden vom Verfassungsschutz sämtliche relevante Akten über den Fall vernichtet. Das

⁷ Der NSU ermordete zwischen 2000 und 2007 Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubasiç, Halit Yozgat

Ergebnis der darauffolgenden staatlichen Untersuchungen wurde letztendlich nach Abschluss zu einer ‚Verschlussache‘ erklärt und sollte ursprünglich für 120 Jahre geheim gehalten werden. 2022 veröffentlichte das ZDF Magazin Royal den geleakten Abschlussbericht, aus dem aber nur hervorgeht, dass immer noch Hunderte Aktenseiten unauffindbar sind und keiner von nichts weiß.

Von der Alten zur Neuen Rechten

Die NPD hat sich mittlerweile in "Die Heimat" umbenannt. Trotz des Versuchs, die eigene Außenwirkung aufzuwerten und im Bezug auf den Nationalsozialismus flexibler zu werden, ist die Partei mittlerweile marginalisiert. Das hängt auch mit den Wahlerfolgen der AfD zusammen und der eingesetzten Abwanderung vom Dauerverlierer NPD. Auf der anderen Seite haben sich ebenso Wege mit ehemaligen Kameraden getrennt, denen die politischen Verweichlichungen missfiel, mit der sich die NPD politisch für weniger Radikale öffnen wollte und die sich jetzt beispielsweise in den Reihen des III. Weges wiederfinden. Zusammen mit ihrer Jugendorganisation, den "Jungen Nationalisten" (JN), ist die NPD aber weiterhin eine Struktur, von der aus auf den Straßen und in den Köpfen, nach wie vor eine Gefahr ausgeht.

Etwas anders sieht es beim III. Weg aus, der sich 2013 als Partei gegründet hat und sich aus Mitgliedern vom verbotenen "Freies Netz Süd" aus Franken, aus ehema-

ligen NPD und Freien Kameradschafts-Mitgliedern zusammensetzt. Der III. Weg geht insofern klassische Wege, dass er sowohl in der Sprache als auch in der Kleidung auf Altbekanntes setzt, wie Lorbeerkränze, Eichenblatt-Ästhetik, Zunfthosen oder taktische, olivgrüne Bekleidung. Der langsame, aber stetige Aufwind des III. Weges wurde erst durch die Corona Pandemie gebrochen, was sich dadurch zeigt, dass seitdem auf größere Demonstrationen verzichtet wird und viel mehr kleine Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden. Dennoch führen Aktionen wie eine Kundgebung im brandenburgischen Pritzwalk im Januar 2023 dazu, selbst mit 70 Teilnehmenden Reviere zu markieren und ein Klima der Einschüchterung entstehen zu lassen. 2021 wurde ebenso für Propagandazwecke zur Verteidigung der deutsch-polnischen Grenze aufgerufen, da zu dieser Zeit viele Geflüchtete über Belarus und Polen nach Deutschland kamen. In finsterster Nacht wurden auf Äckern und in Wäldern nahe des brandenburgischen Gubens, 50 teils mit Macheten, Bajonetten und Schlagstöcken ausgestattete III. Weg Mitglieder von der Polizei aufgegriffen. Zum 1. Mai diesen Jahres gelang dem III. Weg nach längerer Zeit wieder eine größere Mobilisierung und sie konnten durch fast ausschließlich interne Mobilisierung unbehelligt mit 150 Leuten durchs thüringische Sonneberg ziehen.

Die politischen Aktionen und öffentlichen Veranstaltungen lassen auf die Ziele des III. Weges schließen. So werden in erster Linie in Städten Ostdeutschlands lokale "Stützpunkte" aufgebaut, wie in Plauen, Zwickau oder

Eisenach. Soziale Angebote sollen in den zumeist armen oder wie es oft beschönigend "strukturschwachen Regionen" in Medien und Politik heißt, Menschen organisieren. In diesem Sinne wirbt die Partei im 10 Punkte Programm für die "Schaffung eines deutschen Sozialismus" mit vermeintlicher sozialer Gerechtigkeit und geizt nicht mit Kritiken an "Profitmaximierung" und dem "Turbokapitalismus", wie es in ihrem Programm heißt. In Plauen, Hilchenbach, Ohrdruf und im fränkischen Schweinfurt werden die Arbeiten dabei insbesondere durch Parteibüros koordiniert. Wie auch die NPD verfügt der III. Weg über eine aktive Jugendorganisation, die "National Revolutionäre Jugend" (NRJ), die sich um die Organisation von Nachwuchs kümmert. Gerade in Berlin, konnte die lokale NRJ ihre Präsenz im letzten Jahr ausbauen. Mehrfach wurden in den letzten Monaten gezielt links aussehende Personen auf der Straße oder im Umfeld von Demonstrationen angegriffen, wie beim CSD 2023 und als alternativ geltende Stadtteile zu Zwecken der Machtdemonstration in größeren, bewaffneten Gruppen besucht. Interessant sind zudem die Querverbindungen in die Ukraine, wo der III. Weg beste Kontakte zum mittlerweile umbenannten Asow Regiment unterhält. Damit ergibt sich die Möglichkeit, Zugang zu Waffen zu bekommen und im Kriegshandwerk geschult zu werden.

Seit etwas mehr als zehn Jahren macht insbesondere die ‚Neue Rechte‘ von sich reden. Das Ziel dieser Sammelbewegung ist nach eigenem Verständnis eine "konservative Revolution". Die historischen Querverbindun-

gen werden zu Intellektuellen der Weimarer Republik gezogen, welche sich schon damals stark auf Volksgemeinschaft, auf Gott, die Natur und auf das Konzept von politischer Führung durch eine Elite bezogen haben. An diesen Zielen knüpft heute die Neue Rechte an und was bereits vor der Jahrtausendwende als Initiative von wenigen als "Kampf um die Köpfe" und "Kulturrevolution von rechts" begann, schlug sich insbesondere ab 2010 in verschiedenen Massenbewegungen (PEGIDA, Teile von Querdenken etc.) wieder.



Auch wenn sich die neue Rechte in nicht allen Positionen, wie der Frage nach der politischen Ausrichtung der AfD, einig ist, so ergänzen sich die verschiedenen Teile. Während die AfD den Anspruch hat, durch parlamentarisch-politische Methoden Veränderungen im eigenen Sinne herbeizuführen, so hat die Identitäre Bewegung nicht im Geringsten den Anspruch auf Wählbarkeit, sondern ist der jugendliche-aktionistische Ausdruck der Neuen Rechten auf den Straßen. So inszenierten sie im Zuge der "Reconquista"⁸ Kampagne mehrere gut geplante und medienwirksame Aktionen, wie die Besetzung des Brandenburger Tors in Berlin oder im Bau befindlicher Moscheen. Dass mittlerweile

⁸ Bezeichnet die Rückeroberung und Rechristianisierung von Gebieten in Spanien und Portugal im Mittelalter. Heute nutzt die Neue Rechte den Begriff als Kampfbegriff und beschreibt damit die Rückeroberung Deutschlands von Muslim:innen.

die AfD ohne die Identitäre Bewegung nicht denkbar wäre, was andersherum genauso gilt, zeigen beispielsweise die zahlreichen Mitglieder der IB, die für die AfD Fraktion im Bundestag arbeiten. Formell gibt es zwar einen Unvereinbarkeitsbeschluss, nach welchem die Ziele der Identitären Bewegung den Zielen der AfD zuwiderlaufen, was aber lediglich der Image Aufwertung dienen soll. Das neurechte "Institut für Staatspolitik" (IfS), auf das wir weiter unten noch eingehen werden, formulierte das Verhältnis zwischen Partei und Bewegung 2017 wie folgt: *"Ein tatsächliches Ineinandergreifen parlamentarischer und außerparlamentarischer Akteure müßte anerkennen, daß Parlament und Bewegung sich wie ‚Standbein und Spielbein‘ ergänzen"*

2013 wurde die AfD als Partei gegründet. In den ersten Jahren des Bestehens warb diese hauptsächlich für einen Austritt aus der Europäischen Union, hatte jedoch mit der Marktwirtschaft an sich kein Problem. Innerhalb der AfD, die bei der Bundestagswahl 2013 noch nicht den Sprung in den Bundestag schaffte, gab es in den Folgejahren verschiedenste Machtkämpfe, die auch Auswirkungen auf die politische Ausrichtung der Partei hatten.

Mit dem Austritt Frauke Petrys und Jörg Meuthens bestätigte sich, dass sich der formell aufgelöste "Flügel" unter Björn Höcke innerhalb der Partei durchsetzen konnte. Mittlerweile üben die Personenkreise dieses radikalen Flügels einen großen Einfluss auf die gesamte Parteibasis aus. Björn Höcke selbst ist ein lebendes Beispiel für Querverbindungen der AfD zur Alten Rechten.

Unter dem Pseudonym "Landolf Ladig" hatte Höcke zwischen 2011 und 2012 Artikel in Medien der NPD veröffentlicht, die sich offen positiv auf den Nationalsozialismus beziehen. Auch heute macht Höcke kein Geheimnis aus seinen Visionen. Im November 2023 formulierte er in einer Rede zum neunjährigen Bestehen von Pegida wie folgt: *"Glaubt mir: Wenn es hart auf hart kommt, dann werden wir uns erkennen (...) Dann werden wir uns finden. Dann sind wir das, was wir immer waren: Treu und deutsch und eine Gemeinschaft, die die Zukunft erkämpfen wird"*.

Höcke spielt somit nicht zum ersten Mal auf ein herbeigesehntes Tag-X Szenario an, sondern schlägt auch in seiner Propaganda Brücken zu den anderen Teilen des rechten Spektrums. Dennoch machen wir es uns zu einfach, wenn wir die AfD beispielsweise mit der NSDAP im Hitler Faschismus gleichsetzen. Auch hier gibt es innerhalb der AfD große Unterschiede, die sich anhand des Parteivorsitzenden veranschaulichen lassen: Während Tino Chrupalla am 9. Mai 2023 an Feierlichkeiten in der russischen Botschaft zum Tag der Befreiung teilgenommen hatte, begründete Alice Weidel ihre Nichtteilnahme damit, dass "die Niederlage des eigenen Landes" kein Grund zum Feiern sei. In diesem Sinne lässt sich sagen, dass der AfD vor allem daran gelegen ist, die Geschichte Deutschlands in ein neues Licht zu rücken. Mit der Aussage *"Hitler und die Nazis sind nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte"* veranschaulichte, dass der frühere AfD Chef Alexander Gauland eindrücklich: In offiziellen

Parteierzählungen wird sich weniger positiv auf den Nationalsozialismus bezogen, als dass versucht wird, mit einer anderen Gesamterzählung der deutschen Geschichte eine Grundlage für einen neuen Nationalismus zu schaffen. Man kann daher sagen, dass sich die AfD oft nicht von den etablierten Parteien unterscheidet, wenn es beispielsweise um die Frage von Migration und Abschiebungen geht. Worin allerdings ein Unterschied besteht, ist die Frage, auf welchem Wege Deutschland zu Macht und Reichtum kommen soll. Hier setzt



die AfD auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, während die etablierten Parteien zumeist auf die enge Zusammenarbeit mit den USA setzen. Abseits der angestrebten Aussöhnung mit Russland will die AfD an der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU und in der NATO festhalten und auch bei der Frage der Militarisierung gibt es keine Differenzen mit den etablierten Parteien. Worin jedoch ein wesentlicher Unterschied besteht, ist, dass die AfD, bedingt durch einen Burgfrieden innerhalb der Partei, einen offen auftretenden faschistischen Teil toleriert.

Trotz oder vielleicht gerade aufgrund der Tatsache, dass sich die etablierten Parteien in den letzten zwei Jahren den Positionen der AfD angenähert haben, ohne das Kind beim Namen zu nennen, erfreut sich die AfD dennoch eines großen Zulaufs. Dieser konnte auch

nur sehr begrenzt durch die Correctiv-Veröffentlichungen gebrochen werden. Auf der lokalen Ebene gelang es der AfD, wie 2023 im südthüringischen Sonneberg, mehrere Wahlen zu gewinnen. Die Menschen, die ihr Kreuz dieser Partei geben, bewegt dabei oft eine generelle Unzufriedenheit mit dem, das man auch als ‚Establishment‘ umschreiben kann: Sprich starre politische Strukturen, ein hoher Grad an Bürokratie und das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Die AfD hat es geschafft, Ängste innerhalb der Bevölkerung anzusprechen und die Menschen in ihren Sorgen zu bestätigen. Veränderungen, wie durch Migration, die Klimaerwärmung oder den Krieg in der Ukraine wurden geschickt mit der allgemeinen Angst der Menschen zusammengebracht, ihre Lebensstandards durch diese einzubüßen. Wenn wir schauen, wie sich die Basis der AfD zusammensetzt, dann werden wir auf viele Facharbeiter:innen und Kleinunternehmer:innen stoßen, die genau zum Mittelstand gehörten, dessen Besonderheiten wir schon in der Einleitung beschrieben haben. Diese Realität steht in einem großen Gegensatz zu der Erzählung, es handle sich lediglich um einen ungebildeten, abgehängten Teil der Gesellschaft.

Zweifellos geht von der AfD insofern eine Bedrohung aus, dass sie die Bewegungsspielräume für andere rechte Organisationen vergrößern und eine zutiefst rückwärtsgewandte Vorstellung von Gesellschaft haben und damit auch einen Antifeminismus populär machen, der sich in letzter Konsequenz in Übergriffen und sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen nieder-

schlagen wird. Auch in Zukunft wird die Frage von Erfolg oder Nichterfolg der AfD davon abhängen, inwieweit wir es schaffen, unsere Vorstellung von Zusammenleben und Demokratie zu vermitteln und gleichzeitig die Probleme der Menschen ernst zu nehmen.

Kulturrevolution von Rechts

Neben den klassischen Aktionsformen der letzten Jahre, hat es die politische Rechte geschafft, durch verschiedene Medien ihre politische und gesellschaftliche Isolation zu brechen. Die Bedeutung von Kultur und Medien für die Verbreitung politischer Ideen, entspringt dabei nicht zuletzt einer Auseinandersetzung mit Schriften des Kommunisten Antonio Gramsci. Gerade in Zeiten, in denen es keine rechte Massenbewegung gibt, soll über verschiedenste Dreh-



schrauben der gesellschaftliche Diskurs beeinflusst werden und über einen langen Zeitraum die Grenzen des Sagbaren verschoben werden. Ein wichtiger Akteur hierfür ist das Institut für Staatspolitik (IfS), das unter anderem von Götz Kubitschek zu Beginn der 2000er-Jahre gegründet wurde und ein Think Tank und Kaderschmiede der neuen Rechten ist. Auch politisch hat das IfS einen nicht zu vernachlässigenden

Einfluss auf die AfD, der sich im rechten Flügel um Björn Höcke ausdrückt. Nach Ansicht des IfS sei die neue Rechte nämlich auf drei Standbeine angewiesen: Intellektuelle, die Partei und die Bewegung auf den Straßen. Wegen der verschiedenen Bausteine wird auch das Sinnbild einer "Mosaikrechten" verwendet, innerhalb derer sich die verschiedenen Kräfte gegenseitig politisch korrigieren sollen. Insofern erfolgen auch Flügelkämpfe innerhalb der AfD zwischen dem rechten Flügel und beispielsweise denjenigen, die von der CDU/CSU ins blaue Lager abgewandert sind. Während der rechte Flügel als Verfechter der Mosaik Rechten gegen einen Konformismus gegenüber anderen Parteien bzw. dem was als Establishment bezeichnet wird ankämpft, ist die andere Seite deutlich eher bereit durch Kompromisse einen Teil der parlamentarischen Macht zu sichern. Dies bedeutet, dass erstere der Partei lediglich die Funktion geben, überhaupt die Möglichkeit einer anderen Meinung der breiten Öffentlichkeit aufzuzeigen. Gegensätzlich dazu ginge die Durchsetzung von politischen Zielen in den Parlamenten meist nur mit einer Anbiederung an die politische Mitte, was in der Zeitschrift des IfS mit der unbeliebten Positionierung an einem "Katzentisch" verglichen wird.

Im Mai diesen Jahres wurde die Auflösung des IfS angekündigt, was aber kein Anlass zu übergroßer Freude sein dürfte. Vielmehr soll dadurch einem möglichen Verbot und der Überwachung des Inlandsgeheimdienstes zuvorgekommen werden. Es ist also davon auszugehen, dass die Intellektuellen der neuen Rech-

ten einfach unter einem anderen Namen weitermachen werden. Weiterhin werden bei Veranstaltungen Vertreter der Neuen und Alten zusammengebracht und Akademien veranstaltet werden, wo im kleinen Kreis Strategien diskutiert werden.

Als weiterer kleiner Stein im Mosaik, ist es an den Zeitungen der neuen Rechten, wie der Jungen Freiheit oder dem Compact Magazin, Erzählungen und Narrative zu spinnen, wie den eines von den politischen Eliten geplanten "Großen Austauschs", der Deutsche über lange Sicht mit Migrant:innen austauschen soll. So abwegig diese Theorien sind, so wirkungsvoll sind sie auf der anderen Seite, um Menschen zu radikalieren und ihren Lösungsvorschlag vom "Ethno-Pluralismus"⁹ oder dem Konzept der „Remigration“ als mögliche Alternative zu präsentieren.

Die Bestrebungen der neuen Rechten und damit einhergehend die Gründung von Zeitungen, die Unterwanderung von Vereinen und die Präsenz in gewissen Positionen des Staates hat sich insbesondere nach 2010 auch in einer ganzen Reihe von Mobilisierungen auf den Straßen niedergeschlagen. So rief "PEGIDA" ab 2014 beginnend in Dresden zur Verteidigung des Abendlandes auf und wuchs in der Folgezeit zu einer Massenbewegung in sämtlichen Klein- und Großstädten Ostdeutschlands heran sowie in Teilen Westdeutschlands. Schon zu dieser Zeit gehörten zu den Organisatoren sowohl Mitglieder der damals noch jungen

⁹ Ethno-Pluralismus ein Weltbild der Neu Rechten, nachdem innerhalb von Staatsgrenzen nur eine homogene Gesellschaft nach Ethnien und Kulturen unterteilt, leben soll. Die Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen wird abgelehnt.

Alternative für Deutschland und der Identitären Bewegung als auch Vertreter aus der Wirtschaft. Im Zuge dieser Massenmobilisierungen nahmen auch wieder die Angriffe auf Geflüchteten-Unterkünfte zu, wie durch die "Gruppe Freital", die in Sachsen-Anhalt und Sachsen zwei Brandanschläge durchführte und sich sowohl aus alteingesessenen Rechten als auch aus neu Radikalisierten zusammensetzte. Ähnliche Versuche, real existierende Widersprüche für sich zu nutzen, konnte man auch ab Beginn der staatlichen Corona-Maßnahmen sehen, wo es sowohl der Alten als auch der Neuen Rechten gelang, die Proteste für sich zu nutzen und neue Netzwerke aufzubauen.

Grundlage des Aufwindes von Organisationen, wie der Identitären Bewegung, war neben dem sich verändernden gesellschaftlichen Diskurs auch die Bemühung ein ansprechendes Bild nach Außen, ganz im Sinne der Kulturrevolution von Rechts zu schaffen. Dabei orientiert sich die Identitäre Bewegung beispielsweise zum Teil an dem Kleidungsstil der Ultra-Bewegung, aber auch an klassisch-traditioneller Bekleidung, wodurch sie nicht nur ansprechend für eine städtisch-subkulturelle Szene ist, sondern bewusst Gemeinsamkeiten mit der Bevölkerung auf dem Land aufzeigt. Wie auch bei Vertretern der Neuen Rechten in Italien oder Frankreich, dient eine Mischung von Jugendkultur, wie Graffiti und Hip Hop und gemeinsamen Wanderungen und Kampfsport, zur Schaffung einer Kultur. Diese ist für Jugendliche gerade deshalb ansprechbar, weil sie eine Gemeinschaft erfahrbar werden lässt. Innerhalb dieser

bestehen zwar Idealbilder von starken Männern und Frauen, aber in der Realität halten sie an einem sehr konservativen Bild von Familie und geschlechtsspezifischer Aufgabenteilung fest. Das schlägt sich auch darin nieder, dass deutlich mehr junge Männer angesprochen werden.

Gleiches lässt sich auch bei Vertretern der Alten Rechten erkennen. Durch Veranstaltungen wie "Kampf der Nibelungen" oder "Rock gegen Überfremdung" im thüringischen Themar, dem 2017 circa 6000 Faschisten beiwohnten, konnten abseits der meist überschaubaren Organisationsgrößen neue Personenkreise und Sympathisanten gewonnen werden.

Ein vorsichtiger Ausblick

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl die Neue, als auch die Alte Rechte vor allem über kulturelle Angebote anziehend auf Jugendliche wirkt. Diese Kultur ist dabei mit klassischen Männlichkeitsidealen verwoben, wie einem Gefühl von Handlungsmacht und Überlegenheit, was durch solche Gruppen spürbar gemacht wird. Ähnliche Männlichkeitsideale sind zudem dafür verantwortlich, dass gute Kontakte zwischen rechten Organisationen, Sicherheitsunternehmen, Ultras & Hooligans, Rappern, Drogen & Menschenhandelmilieu, Biker Gangs und der Kampfsport Szene geknüpft werden. Auch wenn das politische Selbstverständnis durchaus verschieden sein kann, siegt in diesen Fällen das Interesse daran, sich mit Männern zu

verbinden, die in verschiedenen Bereichen etwas zu sagen haben. In Berlin bedeutet das ein Geflecht an Kontakten von Hooligans vom BFC Dynamo & Hertha BSC, vom organisierten Menschen- und Drogenhandel, zur Tür-Branche, zu Biker Gangs, zum III. Weg und zur Kampfsport Szene, aber auch zu Leuten, wie Luvre 47, einem Berliner Rapper, der ebenso Features mit dem linken Rapper Disarstar aus Hamburg aufgenommen hat.

Seit jeher unterhalten rechte Strukturen, aber auch gute Beziehungen zum Polizeiapparat und der Bundeswehr, wie der Fall der thüringischen Gruppe "Knockout 51" zeigt, in dem wohl mehrere Beamte Informationen an Neonazis weitergegeben haben. Das liegt zum einen daran, dass rechte Organisationen gezielt versuchen, Armee und Polizei zu unterwandern und zum anderen daran, dass staatliche Strukturen ähnliche Idealbilder vermitteln und damit Faschisten anziehen. So ist es der Normalzustand, dass Teile der Bundeswehr gefallenen Wehrmachtssoldaten des 2. Weltkriegs, sowie SS- und Divisionen gedenken, die beispielsweise im Zuge des "Unternehmen Merkur" auf Kreta oder beim Afrika Feldzug gefallen sind. Damit liegt es in der Natur der Sache, dass die Grenze zwischen den Idealbildern von AfD, Identitärer Bewegung und Co. sehr diffus sind und sich Kräfte, die sich für Aufrüstung, für Überwachung und Kontrolle aussprechen in diesen Berufsfeldern größerer Beliebtheit erfreuen.

Wer gedacht hat, dass Querverbindungen von Polizei

und Bundeswehr mit rechtsextremen Gruppen der Vergangenheit angehören, der wurde in den letzten Jahren eines besseren belehrt. Beispiele von Polizei Chatgruppen, in denen Hitler-Bildchen und menschenfeindliche Inhalte hin und hergeschickt wurden, gehören leider zu den vermeintlich harmloseren Fällen. Als deutlich gefährlicher stellen sich die Probleme dar, wenn sich Berichte über Lücken im Munitionsbestand der Bundeswehr häufen. Wo diese Munition landet, zeigt der Fall des "Hannibal Netzwerks", das von einem Bundeswehr Unteroffizier gegründet, Pläne für eine Machtübernahme an einem Tag-X ausarbeitete. Für die Verwirklichung dieser Pläne wurden Munitions Depots angelegt und Todeslisten von politischen Gegnern angefertigt. Mitglieder waren auch hier wieder aktive Soldaten, Reservisten, Angehörige des polizeilichen Spezialkommandos (SEK), des Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr und des hiesigen Inlandsgeheimdienstes. Ebenso fällt auf, dass es auch hier personelle Überschneidungen und gute Beziehungen zur AfD und der Identitären Bewegung gibt.

Mit Blick auf die anstehenden Wahlen ist davon auszugehen, dass die AfD als Wahlsieger in die Landtage von Thüringen, Sachsen und Brandenburg einziehen wird. Unabhängig davon, ob die AfD Koalitionspartner für eine Regierung findet oder nicht, bedeutet dies eine zunehmende Rückendeckung rechter Organisationen außerhalb der Parlamente und ebenso wachsend Mittel zur Finanzierung dieser. Gerade in Zeiten von zunehmenden Kriegen und Krisen bestätigt sich anhand der

jetzigen Entwicklungen, dass Strukturen wie die Bundeswehr und die Polizei zunehmend aus der Schussbahn genommen werden und weitreichende Befugnisse bekommen, wodurch Kritik an rechten Umtrieben vonseiten der Politik nicht über Lippenbekenntnisse hinauskommen werden.

Auch wenn die Ampel Regierung im Umgang mit Geflüchteten mittlerweile das umgesetzt hat, wofür die AfD noch vor einigen Jahren geächtet wurde, sieht es gerade nicht danach aus, dass der Wind in den Segeln der AfD abebben wird. Viel zu groß sind die jetzt schon bestehenden Widersprüche in Deutschland, wie die klaffende Schere zwischen Arm und Reich, einer Regierungspolitik, die nicht in der Lage ist, Probleme zu lösen. Stattdessen werden sich diese Widersprüche in den kommenden Monaten und Jahren vertiefen, denn eine Kriegs- und Aufrüstungspolitik wurde noch nie in der Geschichte nur von den Reichen bezahlt. Stattdessen sollen jetzt noch mehr Sozialleistungen und Gelder gestrichen werden, was die allgemeine Unzufriedenheit noch vergrößern wird. Gerade im Osten, in Gegenden, die seit der Wiedervereinigung nur mehr und mehr abgehängt wurden, wird sich die Wut der Menschen auf den Straßen widerspiegeln, und da es gerade ausschließlich rechte Kräfte sind, die in diesen Regionen präsent sind, werden diese auch weiterhin große Erfolge erzielen. Das alles sollte nun nicht dazu führen, dass wir den Kopf in den Sand stecken, sondern uns zu einer Auseinandersetzung damit ermuntern, was Kräfte wie die AfD so erfolgreich macht. Widersprüche zwi-

schen Staat und Gesellschaft werden nämlich immer von denjenigen genutzt, die am besten organisiert sind und über einen langen Atem verfügen. Diese könnten also theoretisch auch von linker Seite genutzt werden, um die Notwendigkeit für eine solidarische Gesellschaft aufzuzeigen.

Das Jahr 2024 hat ebenso gezeigt, dass es in jeder Kleinstadt und in jedem Dorf Menschen gibt, die bereit sind, gegen Rechts aktiv zu werden. Noch immer halten die Demonstrationen nach den Correctiv-Recherchen an und die Frage, wie sich das Kräfteverhältnis insbesondere im Osten entwickelt, wird unmittelbar dadurch beantwortet, inwieweit wir es schaffen, den Menschen im Osten zuzuhören, aber auch unsere Antworten auf die derzeitigen Probleme abseits der linken Szene-Kultur populärer zu machen. Dafür müssen wir uns vernetzen und Strukturen schaffen, die gegebenenfalls auch eine AfD Mehrheit in den Landtagen überleben können, sowie flexibel und fähig zur Analyse sind.



Schlechtes Wetter - harte Zeiten

Zur Lage der demokratischen und antifaschistischen Kräfte

Für viele Menschen, die sich in freiheitlichen, politischen Kreisen zusammenfinden, ist Antifaschismus so etwas wie ein kleinster gemeinsamer Nenner. Diese oft ausgedrückte Gegnerschaft zum Faschismus ist dabei gerade in denjenigen Ländern für politische Bewegungen identitätsstiftend, in denen selbst der Faschismus geherrscht hat. Die sogenannte "Antifaschistische Aktion" und damit die Wiege und der Bezugspunkt späterer antifaschistischer Gruppen, wurde 1932 von der "Kommunistischen Partei Deutschlands" (KPD)¹⁰ ausgerufen. Dies geschah vor dem Hintergrund der drohenden Machtübernahme der Nationalsozialisten, die sich ein Jahr später durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler vollzog. Ermöglicht wurde diese durch

¹⁰ Gründete sich im Januar 1919 aus einem Zusammenschluss des Spartakusbundes mit anderen linken Gruppierungen. Die Mitglieder der KPD wurden unter dem Deutschen Faschismus verfolgt, Teile der Partei ging ins Exil oder leisteten aus dem Untergrund Widerstand

die großzügige Unterstützung von Großindustriellen und alten monarchistischen Herrschaftskreisen.

"Sozialfaschismus" als Hauptfeind?

Vor dem Ausruf der Antifaschistischen Aktion war die KPD die meiste Zeit darum bemüht, ein Bild der Sozialdemokratie zu zeichnen, nach welchem die SPD der Wegbereiter des Faschismus sei. Grundlage dieser Politik war die Tatsache, dass sich die Sozialdemokratie im Zuge des I. Weltkriegs mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem arrangiert hatte und sich diejenigen Positionen in der Partei durchsetzten, die politische Reformen gegenüber einer Revolution vorzogen.

Dem Kapitalismus, so die KPD, würden aber Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, die immer wiederkehrende Krisen produzieren. Durch diese Krisen spitze sich der Kampf zwischen der Arbeiter:innenklasse und der Bourgeoisie so weit zu, dass den Herrschenden sämtliche Mittel zur Erhaltung der eigenen Macht recht seien. Das Festhalten am Kapitalismus galt für die KPD als der größte Dienst am Faschismus und die Sozialdemokratie wurde unter dem Namen "Sozialfaschisten" als Hauptfeind gebrandmarkt. Auf der anderen Seite verweigerte ebenso die SPD-Führung eine Zusammenarbeit mit den Kommunist:innen und erklärte diese zu Feinden der Weimarer Republik und damit der Demokratie.

Mit der zunehmenden faschistischen Mobilisierung in

Deutschland erkannten Teile der KPD, dass der Faschismus kein kurzweiliges Steppenfeuer sein würde und stattdessen auf lange Sicht alle Strukturen der Arbeiter:innenbewegung zerschlagen würde. Die längste Zeit entsprach die Parole ‚Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft‘ nicht dem tatsächlichen Parteikurs der KPD. Die Machtübertragung¹¹ an Hitler, die ausufernde Straßengewalt und die Parteiverbote erwischten sowohl die KPD als auch die SPD kalt. Zu spät kam die Einsicht, dass der Faschismus nur gemeinsam hätte verhindert werden können und zu unentschlossen waren die politischen Aktionen gegen ihn.

Die an dieser Stelle sehr vereinfachte geschichtliche Darstellung ist wichtig, um den späteren Werdegang der Antifaschistischen Aktion zu skizzieren. Mit der Ausrufung im Jahr 1932 wurde eine Phase des Abwehrkampfes eingeleitet. Im Angesicht des Faschismus galt es, den Status quo zu verteidigen, um Schlimmeres zu verhindern und sich die Möglichkeit der legalen politischen Betätigung zu bewahren.

Subkultur Antifaschismus

Die Antifaschistische Aktion wurde als politischer Namensgeber vor allem ab den 80er und 90er-Jahren wieder populär und ab der Jahrtausendwende wurden explizit antifaschistische Gruppen zum Hauptanlauf-

¹¹ Am 30. Januar 1933 übertrug Reichspräsident Hindenburg Hitler die Macht, indem er ihn als Reichskanzler ernannte. Im Gegensatz zu der häufigen Darstellung einer Machtergreifung in Form eines Putsches, wurde sie viel mehr durch die Unterstützung durch alte Machteliten des Deutschen Reiches und reicher Unternehmer arrangiert.

punkt für viele Jugendliche in ihrer Politisierung. Die Antifaschistische Aktion trat nun mit einem anderen Symbol als von der KPD auf. Statt zwei roten Fahnen, die 1932 ein Symbolbild für die Zusammenarbeit von Sozialist:innen und Kommunist:innen im Kampf, gegen den Faschismus sein sollten, wurde nun eine schwarze Fahne hinzugefügt. Damit wurde bewusst auf den politischen Einfluss des Anarchismus verwiesen. Diese neue Fahne war ein Sinnbild dafür, dass sich die neu entstehende "Autonome Linke" von oft theoretisch und in der politischen Praxis unflexiblen sogenannten "K-Gruppen"¹² abgrenzte. Im Mittelpunkt der Autonomen Linken, aus welcher ab den 70er Jahren verschiedene antifaschistische Gruppen und überregionale Zusammenschlüsse entstanden, stand die Entwicklung, einer aktionistischen Politik und die Etablierung von Freiräumen. Dementsprechend fällt auch der Aufbau von sogenannten "Autonomen Zentren" (AZ's) als Dreh und Angelpunkt mit dem Aufkommen dieser Bewegung zusammen.



Auch heute noch gibt es an vielen Orten AZ's, die sich im Gegensatz zu den Gründergenerationen gehalten haben.

¹² Als K-Gruppen werden häufig kommunistische Organisationen in Westdeutschland beschrieben, die ab den 70er Jahren entstanden

Während in der politischen Praxis der Autonomen Linken konsequent gegen faschistische Umtriebe gearbeitet und sich nicht vor handfesten Auseinandersetzungen gescheut wurde, etablierte sich im selben Atemzug die Tendenz dazu, eine Jugend-Subkultur zu schaffen. Damit ist gemeint, dass durch das ausgeschriebene Ziel, Autonomie bzw. die angestrebte Utopie im Hier und Jetzt aufzubauen, eine bewusste Abgrenzung von der oft als konservativ geltenden Gesellschaft stattgefunden hat. Trotz der Tatsache, dass Autonome Zentren für viele Menschen zugleich ein Ort der Politisierung und Zufluchtsstätte waren, versiegte über die Jahrzehnte immer mehr der Anspruch an politische Arbeit innerhalb der Gesellschaft. Ebenso wenig schaffte es die autonome Linke, wichtige gesellschaftliche Fragen ausreichend zu beantworten. Wohin wollen wir, wie sieht der Weg aus und was braucht es zur Verwirklichung unserer Ziele? Mit einer fehlenden geschichtlichen Auseinandersetzung und gemeinsamen Diskussionen über die Weltsituation wurde zudem der Grundstein für zahlreiche spätere Auseinandersetzungen und Grabenkämpfe gelegt. Diese zeigen sich beispielhaft in der Position zu Palästina und Israel und in der Frage, welches politische System überhaupt als verteidigungswert gegenüber dem Faschismus gilt. Diese Unklarheit führte sogar dazu, dass sich einzelne Gruppen während des Irakkriegs 2003 für den Einmarsch der USA aussprachen, weil es für sie eben die bürgerlich, westliche Demokratie war, die sie als verteidigungswert einstufen und auf die sich ihr vermeintlicher Antifaschismus bezog.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass durch explizit antifaschistisch arbeitende Gruppen, den Aufbau von bundesweiten Strukturen und bestimmte Aktionskonzepte, wie dem "Black Block", der Einfluss und die Öffentlichkeitswirksamkeit faschistischer Organisationen massiv eingedämmt werden konnte. Auf der anderen Seite führte das bloße Dagegenhalten dazu, dass die Bewegung zu einem Sammelsurium von Menschen wurde, die oft nicht einmal im Ansatz eine gemeinsame Idee davon verband, wie denn eine bessere Welt aussehen solle. Stattdessen beförderte der Ausbau einer Szene-Subkultur die Tendenz, dass die Zugehörigkeit zu dieser mehr Ausdruck einer Art von Moderscheinung wurde, statt mit dem Willen einhergehend, wirkliche politische Veränderungen herbeizuführen. Demnach muss eine antifaschistische Praxis den Status einer "Lifestyle Linken" überwinden, die fast ausschließlich in den Städten beheimatet und für die meisten Menschen schlichtweg nicht anschlussfähig ist.

"Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen"

Der Bewegungsspielraum der Alten, sowie später der Neuen Rechten, konnte in den letzten Jahren erfolgreich eingeschränkt werden, jedoch fehlen heute Antworten auf die veränderte Weltlage, die gekippte gesellschaftliche Stimmung und eine aufstrebende, zumindest in Teilen offen faschistische Partei, die in der deutschen Gesellschaft eine Massenbasis unterhält. Eben-

so muss sich die antifaschistische Bewegung mit der Frage konfrontieren, in welcher Position sie zum Deutschen Staat steht. Aus der Aussage der Auschwitz-Überlebenden und überzeugten Antifaschistin Esther Bejarano, "Wer gegen Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen", sollte eine Auseinandersetzung mit dem Charakter des Deutschen Staates folgen. Ein Antifaschismus, der den Ist-Zustand in Deutschland als das setzt, was vor dem Faschismus verteidigt werden soll, macht sich stillschweigend mit einem Staat gemein, der außerhalb der eigenen Grenzen faschistische Diktatoren unterstützt und von ihnen profitiert. Antifaschismus muss in diesem Sinne die Frage stellen, inwieweit Faschismus mit liberaler Ideologie, entsprechend der Werte von Anpassung, Karrierismus, Konkurrenz und Selbstbehauptung gegen eine stumme äußere Bedrohung einhergeht. Ebenso sollten wir uns in die Lage versetzen, eine praktische Alternative dazu zu schaffen und damit die Basis des Faschismus, nämlich organisierte Angst und Massenpanik auf der Grundlage menschlicher Entfremdung, zu entziehen.

Zu der Frage, warum rassistische Narrative auf immer mehr offene Ohren stoßen, gehört es zu erkennen, dass das Spiegelbild der Bewegung auf den Straßen ein parlamentarisches System ist, das in Windeseile Militarisierung vorantreibt, Landesgrenzen für Geflüchtete schließt und einen großen Teil zu der Legitimation rechter Positionen beiträgt. Gesellschaftliche Minderheiten als Sündenböcke für tiefer sitzende Probleme darzustellen, wie es jetzt wieder der Fall ist, war seit je-

her ein gutes Mittel, um von dem Ursprung der bestehenden gesellschaftlichen Probleme abzulenken.

Reaktion und Aktion

Die antifaschistischen Kräfte, die es in Deutschland gibt, sind aktuell sehr zersplittert und befangen in internen Konflikten. Dadurch fehlt die Stärke,



sich gegen faschistische Organisationen zu wehren. Trotzdem suchen junge Menschen weiter den Zugang zu diesen Strukturen, aus dem Willen heraus, etwas zu unternehmen und ein besseres Leben für sich und ihre Mitmenschen zu schaffen. Politische Organisationen sind aber oft wenig offen und meist unzugänglich. Dennoch können wir immer wieder sehen, dass trotzdem Massenaktionen möglich sind, die sich nicht nur in Form von Demonstrationen bei rechten Aufmärschen oder als Protest beim Aufliegen von geheimen AFD-Treffen äußern, sondern sich auch gegen eine menschenfeindliche staatliche Politik richten.

Als Beispiel seien hier die Waffenlieferungen an die Türkei genannt, durch welche die kurdische Bevölkerung tagtäglich bombardiert wird, oder Migrationspakete mit nordafrikanischen Staaten, durch welche Schutzsuchende von der heilen westlichen Welt ferngehalten werden sollen. Innenpolitisch werden derweil Entschei-

dungen durchgesetzt, die eine kleine, reiche Minderheit begünstigen und der großen Mehrheit der Gesellschaft schaden. So beispielsweise die lächerlich kleine Energiepreisbremse, die nach dem Ukrainekrieg mit zunehmender Inflation eingeführt wurde, während mächtige Unternehmen riesige Summen an Subventionen und Schadensersatzzahlungen erhalten haben.

Der Angriff des Staates

Auf der anderen Seite steigt die Repression gegenüber Antifaschist:innen, während sich Hunderte bekennende Faschisten im Untergrund befinden. Dies soll dazu dienen, dass Bild einer ‚Gefahr von links‘ entstehen zu lassen, womit weitere Befugnisse der Polizei, beispielsweise in der Überwachung antifaschistischer Gruppen und des öffentlichen Raums, begründet werden sollen. Weitere Verschärfungen gegenüber Protestierenden konnten auch bei Angriffen auf Waldbesetzungen und Klimaaktivist:innen beobachtet werden, bei denen harte Verurteilungen vor Gericht mit einer Welle an medialen Hetzkampagnen eingeleitet wurden. Eines der bekannten Beispiele der jüngeren Vergangenheit ist das Dorf Lützerath, das trotz großen gesellschaftlichen Widerstands geräumt wurde und wo der Staat den Konzerninteressen von RWE den Weg freigeprügelt hat.

Der Drang zur Veränderung

Dass sich die Jugend heutzutage oft in eine Randposition innerhalb der Gesellschaft begibt, liegt an ihrer Un-

terdrückung in vielen Lebensbereichen. Sorgen und Visionen, die man als Jugendliche:r noch hat und gerne in die Gesellschaft einbringen würde, werden nicht ernst genommen und als Träumerei abgetan. In der Schulzeit muss man sich an die Leistungsmentalität anpassen und oft fühlt man sich unverstanden und einsam. Jugendliche, die sich politisch engagieren wollen, haben aber das größte Potenzial, Veränderungen herbeizuführen. Doch stoßen sie dadurch oft auf heftiges Unverständnis oder werden belächelt, so dass sie auf einem provokanten Weg ihren Widerstand zeigen wollen. Sie nehmen Streitereien mit der Familie und schlechte Noten in der Schule in Kauf. Immer wieder auf Mauern zu stoßen führt zu einer Hoffnungslosigkeit, Überanstrengung und Schwäche. Das steht im totalen Gegensatz zu der Erzählung, dass uns ja eigentlich alle Türen offenstehen und wir frei entscheiden können, was wir aus unserem Leben machen.

So finden Jugendliche, die große Ideen abseits unseres jetzigen Systems hatten, doch schnell wieder in „geordnete Bahnen“ zurück und sehen ihre Zukunft in einem guten Abschluss, einem Job und dem bürgerlichen Familienleben.

Die Alternative dazu scheint, eine Position außerhalb der Gesellschaft einnehmen zu müssen und alle Menschen, die sich nicht wehren, zu verfluchen. Der Versuch, einen Einfluss auf die Politik zu nehmen und tatsächlich eine weitläufige Veränderung zu erreichen, wird in diesem Zustand immer nebensächlicher. Da-

durch sind wir kaum eine Bedrohung für faschistische Strukturen und das System. Um diese Entwicklung zu verhindern, müssen wir uns klare Zukunftsvorstellungen und einen gemeinsamen Traum aufbauen. An diesen können wir uns immer wieder aufs Neue erinnern, wenn wir einzuknicken drohen oder hoffnungslos sind.

Eine neue Welt (in uns) aufbauen

Eine neue Lebensweise bereits jetzt zu entwickeln, sollte dabei im Vordergrund unserer politischen Organisation stehen. Wenn wir einmal einen kraftgebenden, kollektiven Umgang gefunden haben und auch wissen, wo unsere wunden Punkte liegen, können wir uns gegen die tagtäglich stattfindenden Angriffe wehren. Ebenso müssen wir immer daran denken, dass Antifaschismus auch damit einhergehen muss, eine gerechte Welt in uns selbst aufzubauen. Mit der Arbeit an uns selbst, also dem Aufbau eines gerechten Denkens und Handelns, machen wir den ersten Schritt.

Auch diese Frage zur antifaschistischen Haltung hat sich bereits der aus Potsdam stammende Antifaschist und Internationalist Michael Panser gestellt, welcher Teil der kurdischen Freiheitsbewegung mit seinem neuen Namen Bager Nûjjiyan wurde und Dezember 2018 in den freien Bergen Kurdistans durch einen Bombenangriff der türkischen Armee fiel. In Auseinandersetzung mit seiner Aktivität in der ostdeutschen Antifa schrieb er:

"Ich glaube heute zu sehen, dass unsere Organisierung zwar einem gewissen moralischen, oft emotionalen und aus Betroffenheit oder moralischer Ablehnung begründeten Widerstand zur Grundlage hatte, wir aber die Frage des antifaschistischen Bewusstseins, eines Antifaschismus des Geistes, nicht richtig stellen konnten. Wir haben es nie geschafft, wirklich die Bedeutung von Faschismus (außer des Studierens der positiven/ereignisbezogenen Tatsachen) und dem darauf aufbauenden notwendigen Verständnis eines tiefen Antifaschismus zu diskutieren."

Vom Fettnäpfchen zum Aufbau eines schönen Mit-einanders

Wir sollten weniger in laufende Streitereien einstimmen oder einen Umgang der Cancel Culture und des gegenseitigen Boykotts betreiben, wenn wir auch mal gegensätzliche Meinungen haben. Viele Menschen



denken wie wir, aber wissen nicht, dass sie damit nicht allein sind. Wer kämpfen will, muss sich derzeit selbst seinen Weg durch die unüberblickbaren, anonymen Antifa-Strukturen bahnen und in Fettnäpfchen treten, bis er oder sie meist aufgrund persönlicher Sympathien den Zugang zu einer Gruppe findet.

Auch wenn sich viele von uns dieser Problematik bewusst sind, sind noch viele Fronten festgefahren und die Bereitschaft, diese Probleme anzugehen, muss erst wieder aufgebaut werden. Wenn wir, als Jugend das nicht schaffen, dann entsprechen wir lediglich dem oft vermittelten Bild einer chaotischen, dysfunktionalen und gesellschaftlich marginalisierten Gruppe.

Um dies zu ändern, müssen wir schneller auf Veränderungen reagieren und offen den Scheinkonsens, der in diesem Land besteht und in dem die staatlich vorgegebene Meinung als gesetzt gilt, brechen. Auf der anderen Seite müssen wir stetig die Möglichkeit von Veränderungen aufzeigen, was damit zusammenfällt, die Idee einer greifbaren Alternative zum jetzigen Zustand bereit zu halten. Der Aufbau eines schönen Miteinanders sollte dazu führen, dass einem der Schritt in die politische Organisation Kraft gibt und Möglichkeiten der persönlichen Weiterentwicklungen aufzeigt.

Eine eigene Kultur schaffen

Das heißt nicht, dass wir uns etwa schonen oder die Beine hochlegen sollten, sondern Energie dadurch bekommen, an etwas Schönerem und Großen mitzuwirken. Kreativität und die Entwicklung einer eigenen Kultur, durch Tanz, Kunst und Musik spielen dabei ebenso eine wichtige Rolle, wie die Aneignung der eigenen politischen Geschichte. Dadurch können wir vermeiden, immer wieder von null anzufangen, wenn eine Generation die andere ablöst und mit ihr die Erfahrungen und Er-

kenntnisse verloren gehen. Ebenso müssen wir aber auch lernen, uns gegenseitig zu kritisieren und zu erkennen, wenn Gruppen, die von Männern dominiert sind und überhebliches Verhalten auf der Tagesordnung steht, die für andere Personen den Zugang versperren. Die Auseinandersetzung und die Überwindung patriarchalen Verhaltens sind eine Grundvoraussetzung dafür, unserer Alternative einen großen Schritt näher zu kommen.

Wir sind Teil der Geschichte antifaschistischer Kräfte in Deutschland, wir wurden in ihnen sozialisiert und teilen oft die Probleme, die in diesem Text genannt werden. Wir wollen aber nicht anklagen, sondern uns dazu ermuntern, selbstkritisch zu reflektieren. Viele Erfahrungen vorausgegangener antifaschistischer Kämpfe sind uns auf unserem eigenen Weg eine Lehre und gleichzeitig ein Vermächtnis, welchem wir nicht gerecht werden würden, wenn wir neben all ihren Erfolgen nicht versuchen, ihre Fehler zu verstehen, um uns weiterzuentwickeln und es beim nächsten Mal besser zu machen. Wenn uns dies alles gelingt, dann schaffen wir es auch, Menschen von unseren Positionen zu überzeugen und dem Faschismus den Nährboden zu entziehen. Allerdings bedeutet dies auch, sich nicht zu bequem einzurichten und alles beim Alten zu belassen. Oft bestimmt die Auffassung, dass ja alles noch gar nicht so schlimm sei und man sich deshalb zurücklehnen könne das Denken von vielen Menschen in Deutschland. Wenn wir aber von einer Verantwortung sprechen, dann darf unser Antifaschismus nicht an

den Staatsgrenzen aufhören, sondern muss uns stets an die Dimension der internationalen Auseinandersetzung erinnern und daran, welchen Platz wir darin einnehmen.

"Wir alle sind Teil eines globalen Krieges. Ein Krieg, in dem ein Zivilisationsmodell um sein Überleben kämpft, um Ressourcen, um die Hegemonie in den Diskursen. Ich bin ständig darauf zurückgeworfen, diesen Krieg für mich sichtbar zu halten"

- Michael Panser



"Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren"

Ein vorsichtiger Ausblick und was es zu tun gibt

Während wir uns hier in dieser Broschüre mit der politischen Lage befassen, scheint die Welt um uns herum zu kollabieren und dennoch gehen wir jeden Tag zur Schule, zur Uni, zur Arbeit und tun so, als wenn nichts wäre. Wir drehen uns im Hamsterrad einfach immer weiter. Doch manchmal machen wir einen Schritt heraus und haben den Impuls, etwas zu ändern. Dann wollen wir alles auf den Kopf stellen. Wollen schreien. Der Gedanke „jetzt müsste man doch etwas tun, so kann es doch nicht weiter gehen“ kommt in uns hoch und wir beginnen, uns mögliche Schritte auszumalen.

Doch im ganz normalen Alltagswahnsinn tritt der Schritt ins Leere und der Impuls versickert zwischen Supermarktregalen, Schulstunden oder der nächsten

Netflix Folge.

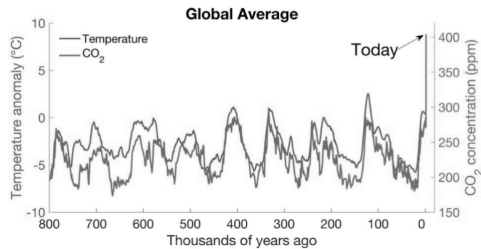
Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, sowie die gesellschaftliche Stimmung zeichnen kein allzu rosiges Zukunftsbild. Wir blicken auf unzählige Krisen, die sich immer weiter zuspitzen, jeder Tag bringt neue „Breaking News“ mit sich, während die Flut der Nachrichten vom Vortag noch gar nicht richtig verarbeitet, geschweige denn einsortiert wurde. Es scheint alles zu viel, zu viel zu tun, um wirklich irgendwo anfangen zu können. Wo anfangen? In einer Zeit, in der das Wort „Krisenmodus“ zum Wort des Jahres 2023 gekürt wurde und die einzelnen Krisen, sei es der Klimawandel, die Pandemien, die Wirtschaftskrise oder die Kriege sich zu einer allumfassenden Krise vereinen. Zu einer Krise unserer Lebensweise auf dieser Welt. Wir haben uns an diese Lebensweise, diesen Zustand so sehr gewöhnt, dass wir uns schon nichts anderes mehr vorstellen können. Und um es mit den schon so häufig zitierten Worten des Sozialphilosophen Frederick Jameson zu sagen: *„Es ist leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus“*. Ein Grundsatzgedanke, mit dem wohl die meisten in Deutschland Lebenden aufgewachsen sind. Die Frage nach dem, „Wie leben?“ wird schon gar nicht mehr gestellt.

Lasst uns dennoch einen Blick in die Zukunft wagen, mit der tiefen Gewissheit, dass wir als Gesellschaft die Kraft haben, unser Leben selbst in die Hand zu nehmen. Wie leben? Wir sollten uns trauen, wieder die großen Fragen zu stellen.

Der ständige Wegbegleiter: Die Klimakrise

Schon von klein auf war der Klimawandel eine omnipräsente Bedrohung für uns und dennoch nicht greifbar. Langsam ist er jedoch bei über 30 Grad im April schlichtweg nicht mehr zu ignorieren.

Der im April 2024 veröffentlichte IPCC-Bericht des Weltklimarates hat noch einmal aufgezeigt, dass die Lage mehr als ernst ist. Um



das so häufig erwähnte 1,5 Grad Ziel¹³ zu erreichen, müssten laut dem Bericht sofortige Maßnahmen insbesondere im Bereich der fossilen Energiegewinnung getroffen werden. Sicher ist jedoch, dass auch bei einer drastischen Einsparung, die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels, von Extremwetter-Situationen, über Waldbrände bis zum Anstieg des Meeresspiegels weiter zunehmen werden. Selbst wenn wir jetzt jegliche Emissionen stoppen würden, würde die Erde sich weiter um 0,6 Grad erwärmen. Zahlen bei denen einem ganz flau wird und dennoch tut die Politik alles andere, als sich für das Einhalten des eh schon folgeschweren 1,5-Grad-Ziels einzusetzen. So beschloss Ende April der Bundestag eine Reform des Klimaschutzgesetzes,

¹³ Das 1,5-Grad-Ziel wurde auf der COP (UN-Klimakonferenz) 21 in Paris 2015 beschlossen. Ab der Grenze von 1,5 Grad sollen laut dem IPCC (Weltklimarat) Folgen des Klimawandels deutlich schlimmer und nicht mehr rückgängig gemacht werden. Nach aktuellen Schätzungen wird die 1,5 Grad Grenze bis spätestens 2027 erreicht werden und in den nächsten 70 Jahren, laufen wir, wenn wir weitermachen wie bisher, auf eine Erderwärmung um 3,2 Grad hinaus.

durch welches kein Mitglied der Regierung mehr für die Einhaltung der Emissionsziele des eigenen Sektors zur Verantwortung gezogen werden kann. Das Streben nach immer mehr Profiten hat die Natur vollständig zu einem Objekt degradiert, die es auszubeuten gilt. Währenddessen entfremden wir uns immer weiter von ihr, ziehen in die Städte und die Natur wird zu einem Ort der Erholung da draußen, die wir durch einen kurzen Spaziergang im Park oder auf dem Bildschirmschoner unseres Laptops konsumieren. Doch Jugendbewegungen wie *Fridays for Future* haben uns gezeigt, dass diese Entwicklung nicht unbeantwortet bleiben muss.

Morden für Wohlstand, für Sicherheit oder um zu gewinnen?

Als wäre der Klimawandel nicht schon eine existenzielle Bedrohung genug, so rückt nun auch der Krieg immer näher. Während einige von uns bereits am eigenen Körper und in der eigenen Heimat spüren mussten, was es bedeutet, vor einem Krieg fliehen zu müssen, war für Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen sind, der Krieg immer etwas, das man in Schulbüchern gelesen oder in den Nachrichten gesehen hat. Jedoch erleben wir gerade einen rapiden Umschwung. Seit der durch Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ dreht sich fast jede zweite Nachricht auf unserer Tagesschau-App um Forderungen für mehr Geld für die Bundeswehr oder um Debatten zur Wiederaufnahme der Wehrpflicht. Währenddessen ist das Lieblingswort des deutschen Verteidigungsministers

Boris Pistorius „kriegstüchtig“ geworden und er spricht von einem möglichen Krieg zwischen Russland und der NATO in den nächsten fünf bis acht Jahren.

Langsam wird sich von dem Märchen verabschiedet, dass Kriege für das Retten der Demokratie und das Verteidigen europäischer Werte geführt werden. Es geht offen um die Verteidigung von Wohlstand, so hat sich die seit Dezember 2023 laufende Militäroperation im Roten Meer gegen die Huthis¹⁴ ganz offen als „Operation Wächter des Wohlstandes“ bezeichnet und nennt somit das Kind beim Namen. Zudem dreht es sich, wenn es nach der SPD in ihrem Wahlwerbespott zur Europawahl geht, schlichtweg ums Gewinnen, Gewinnen von Macht und Einfluss.

Dass der Aufstieg des Faschismus immer auch mit einer aggressiven Außenpolitik zusammen geht, wird gerne schnell vergessen. Um die „Einheit des Volkes“ zu schaffen, nutzt der Faschismus immer ein Feindbild nach außen, auf welches jegliche Probleme projiziert werden können. Dieses geschürte Feindbild geht von den Bürgergeldempfänger:innen, über die Migrant:innen bis hin zu ganzen Ländern, die zu "Feinden" deklariert werden.

¹⁴ Seit dem 19. November 2023 greifen die Huthis aus dem Jemen immer wieder Handelsschiffe im Roten Meer an und begründen diese mit dem Krieg in Gaza. Das Rote Meer ist eine der wichtigsten Wasserstraßen für den Warentransport weltweit. Daher startete die USA bereits am 19. Dezember 2023 die Militäroperation, welcher sich mit der Zeit immer mehr Länder anschlossen.

Wo Unrecht zu Recht wird

Jedoch regt sich auch Widerstand gegen den Kriegskurs. Menschen kommen weltweit zusammen, um für den Frieden einzustehen. Der Krieg in Gaza, ausgelöst durch das Massaker der Hamas an ca. 1.200 Israelis am 7. Oktober 2023, der nach aktuellem Stand über 34.000 Menschen in Gaza das Leben gekostet hat, hat eine weltweite Welle von Protesten ausgelöst. Welche jedoch mit einer repressiven Staatsgewalt beantwortet wird. In Deutschland führte dies zu absurden Verboten im Bereich der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. So wurden in Deutschland nach dem 7. Oktober zahlreiche Palästina-solidarische-Demonstrationen verboten. Die Verbote sind jedoch nur eines von vielen Beispielen, an denen wir zunehmende Einschränkungen von Grundrechten in Deutschland beobachten können. Ein prägender Einschnitt bis heute waren die Grundrechtseinschränkungen in Zeiten der Corona-Pandemie. Diese Einschränkungen gehen Hand in Hand mit einem immer repressiver agierenden Staat, der insbesondere gegen linke Bewegungen und jegliche kritische soziale Initiativen vorgeht.

Kanonen oder Butter

Wie oft haben wir in den letzten Jahren von Politiker:innen zu hören bekommen, dass kein Geld da ist und wir keine roten Zahlen schreiben dürfen. Doch auf einmal werden im Zuge der *Zeitenwende* 100 Milliarden Euro für Aufrüstung locker gemacht. Das lässt einen stutzig

werden, anscheinend ist doch genug Geld vorhanden. Die chronische Unterfinanzierung in Bereichen wie dem Gesundheitswesen wurde auf dramatische Weise in Zeiten von Corona sichtbar. Gelernt wurde aus ihr jedoch nicht. Derzeit sind laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) von 1.887 Krankenhäusern in Deutschland, jedes vierte bis fünfte von einer Insolvenz bedroht. Eine Krankenhausreform soll dies nun berichtigen, die Frage ist nur mit welchem Geld, denn der Gesundheitsetat des Haushalts wurde 2024 im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel verringert. Das Gesundheitswesen ist jedoch nur ein Beispiel von vielen Kürzungen im Bereich des Sozialwesens.



Der Sozialstaat wird langsam abgebaut. *„Kanonen und Butter, es wäre schön, wenn das ginge, aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht.“* Dies sind Worte des Präsidenten des Wirtschaftsinstituts IFO Clemens Fuest, abgesehen davon, dass er sich bei dieser Aussage auf Nazipropaganda von Hess und Goebbels bezieht¹⁵, steht hinter der Aussage eine kurze Zusammenfassung der heutigen Sozialpolitik in Deutschland. In der gleichen Sendung schlug Christian Lindner vor,

¹⁵ Goebbels warb 1936 mit folgenden Worten für die Aufrüstung: „Wir werden zu Not auch einmal ohne Butter fertig werden, niemals aber ohne Kanonen.“ Rudolf Heß bereitet am 11. Oktober 1936 mit der Parole „Kanonen statt Butter“ die Bevölkerung darauf vor, Versorgungsengpässe hinzunehmen.

den Sozialstaat einfach für die nächsten drei Jahre einzufrieren. Es wird gekürzt, wo es nur geht, und alles wird damit begründet, dass ja nun die Verteidigung oberste Priorität hat. Denn um es mit den Worten von Olaf Scholz zu sagen: „*Ohne Sicherheit ist alles andere nichts.*“ Dies ist das Mantra, mit dem die Kürzungen jeglicher Lebensgrundlagen der Menschen nun begründet wird. Von Sicherheit im Sozialstaat haben wir uns jedoch schon längst verabschiedet. Die Mahnungen unserer Eltern, wir sollten frühzeitig in unsere Rentenkasse einzahlen, scheint wie ein schlechter Scherz.

Die Festung Europa rüstet auf – Das Asylrecht schafft sich ab

Jedoch wird nicht nur der Arbeiterklasse der totale Kampf angesagt. Sondern auch den Menschen, die aufgrund von Kriegen, Klimawandel oder politischer Verfolgung aus ihrer Heimat fliehen mussten und nun an den Außengrenzen der Staaten stehen, die zumeist für ihre Notlage verantwortlich sind. Mit dem im Januar 2024 beschlossenen verschärften Abschiebegesetz und der im April 2024 beschlossenen „Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS) wird sich die Lage für Menschen auf der Flucht nach Europa drastisch verschlimmern. So wird es möglich werden, Menschen für ein viertel Jahr an den EU-Außengrenzen in Haft zu nehmen, um dort ohne rechtlichen Beistand ein Schnellverfahren durchzuführen, das eher als Abschiebeverfahren, anstatt Asylverfahren bezeichnet werden kann. Während des Verfahrens wer-

den die Menschen streng überwacht und müssen ein Screening zur biometrischen Erfassung durchlaufen.

Big Brother is watching you

Jedoch nimmt die Überwachung nicht nur an den europäischen Außengrenzen neue Formen an, wie etwa die Planungen zum neuen Bundespolizeigesetz, nach welchem künftig bei „drohender Gefahr“ eine Telekommunikations- sowie Verkehrsüberwachung gerechtfertigt werden soll, eine Formulierung die Tür und Tor für jegliche Auslegungen zulässt. Auch die Fußball-EM öffnet die Tür noch etwas weiter, so soll während der Meisterschaft eine Künstliche Intelligenz (KI) zum Einsatz kommen, die das Verhalten von Menschenmassen simuliert und zukünftig „anonymisiert“ live Handydaten von Menschen verarbeiten und in die Berechnungen mit einbeziehen kann. Ganz offen wird davon gesprochen, dass die EM hier lediglich als Testfeld für die Zukunftsmusik genutzt werden soll. Und es geht noch weiter, im März wurde im EU-Parlament unter dem Einfluss großer Konzerne wie Microsoft und Google, eine neue KI-Verordnung festgelegt. In Zukunft wird es möglich sein, in Bereichen der Strafverfolgung, Menschen in Echtzeit mithilfe von KI über öffentliche Kameras zu identifizieren. Dies ist jedoch nur ein Puzzleteil einer umfangreichen Verordnung. Der Staat weitet in dieser Weise seine Befugnisse in jegliche Lebensbereiche weiter aus. Er wird immer offensichtlicher zu einer reinen Instanz der Kontrolle. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Willen der Menschen,

gemeinsam ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten, darum geht es schon lange nicht mehr und ging es auch noch nie.

Eine Alternative für Deutschland?

Und jetzt stehen die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen im September 2024 vor der Tür. Die Alternative für Deutschland ist laut Umfragerwerten in jedem dieser Bundesländer momentan die stärkste Kraft. Ein Resultat eines jahrelangen Rechtsrucks, den wir in den vorherigen Texten dargelegt haben. Aber was würde passieren, wenn die AfD in einem dieser Bundesländer an die Macht kommt. Was passiert, wenn ein Björn Höcke Ministerpräsident von Thüringen wird?

Klar ist, dass es nicht, wie die AfD von sich behauptet, zu einer Verbesserung der Lebensumstände der "Kleinen Leute" führen würde. Nein, das genaue Gegenteil würde passieren. Wir wollen an dieser Stelle keine Vorhersagen treffen, aber dennoch aufzeigen, in welche Richtung es gehen könnte.



Wie man am Abstimmungsverhalten der AfD im Bun-

destag schwarz auf weiß lesen kann, steht die AfD in den letzten Jahren konsequent für einen Abbau des Sozialstaates. So stimmten sie beispielsweise gegen eine Erhöhung des Mindestlohns und für Steuererleichterungen für Reiche. Auch ist sicher, dass die AfD viele Grundrechte weiter einschränken würde, wie z.B. die Meinungs- und Pressefreiheit. Dies ist keine Spekulation, sondern das kündigen sie offen an. So sagte der AfD-Bundestagsabgeordnete Martin Hess am 15. März diesen Jahres im Bundestag, nachdem er mit der Schließung der Roten Hilfe und andere linker Gruppen im Falle einer AfD Regierung drohte: *"Die klare Botschaft einer AfD-Regierung an alle Linksextremisten und -terroristen lautet: Die Zeiten, in denen ihr euch nahezu ungehemmt in unserer Gesellschaft austoben konntet, sind vorbei."* Und auch in Fragen der Asylpolitik ist es wohl kein Geheimnis mehr, was die AfD meint, wenn sie von einer "Remigration" spricht. Wenn es nach Höcke geht, könnten wir auch mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen in Deutschland auskommen und Maximilian Krahs "Deportationspläne" sehen vor, um die 25 Millionen Menschen aus dem Land zu schaffen. Mit dieser grausamen und menschenverachtenden Politik der AfD ist zu erahnen, was diese mit der gesellschaftlichen Stimmung machen würde.

Auch wenn die AfD viele Gemeinsamkeiten mit den etablierten Parteien der sogenannten "Mitte" aufweist, können wir dennoch sehen, dass eine AfD in Regierungsverantwortung weitreichende Verschärfungen in jeglichen Bereichen und tödliche Konsequenzen mit

sich bringen würde.

Die AfD hat, wie man an Umfragewerten der letzten Jahre ablesen kann, viel Zulauf durch die Auswirkungen und den Umgang der Politik mit den verschiedenen Krisen bekommen. Sie stellen sich dabei in Zeiten der Krisen gerne an die Front jeglicher Proteste, wie bei den Bauernprotesten und inszenieren sich als Retter, obwohl ihre Politik genau das Gegenteil bewirken würde.

Es liegt an uns, aufzuzeigen, dass die AfD niemals eine Alternative für uns darstellen kann, aber dennoch auch der Status quo nicht bestehen bleiben darf. Es liegt an uns, eine solidarische Perspektive für die Probleme der Gesellschaft aufzuzeigen: Lösungen, die einen wirklichen Unterschied machen und bei denen wir selbstwirksam werden und nicht unser Leben in die Hände des Staates legen.

Der Osten steht auf

In Ostdeutschland gibt es eine besondere Grundlage, die bestehenden staatlichen Strukturen und das damit einhergehende kapitalistische Wirtschaftssystem kritisch zu hinterfragen. Die Teile der Gesellschaft, die in der DDR aufgewachsen sind und faktisch in einem anderen Staatssystem, als dem der kapitalistischen Bundesrepublik sozialisiert wurden, haben zu spüren bekommen, dass eine andere Form des Zusammenlebens möglich ist. Damit ist nicht gemeint, dass der

Staatssozialismus im Osten das umgesetzt hätte, was man eine neue Gesellschaft nennen könnte. Dass es aber deutliche Unterschiede zu der heutigen Verfasstheit der Gesellschaft gegeben hat, das werden die wenigsten leugnen. Auch wenn den Städten, die die Vorzeigeprojekte des real bestehenden Sozialismus sein sollten, auch im Osten mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde, war das Leben auf dem Land deutlich lebendiger. Wenn man heute mit vielen älteren Menschen spricht, dann wird man gesagt bekommen, dass sich das menschliche Miteinander zum Schlechteren verändert habe.

Viel von dem Leben auf dem Land ist anonym geworden und die gegenseitige Unterstützung, die in der DDR auch mit der Knappheit von Waren und Dienstleistungen zusammenhing, ist deutlich weniger geworden. Ebenso fehlt es den Menschen auf dem Land an der Infrastruktur und Orten des Zusammenkommens, die es früher in jedem Dorf gab. Sei dies der Konsum-Markt oder das kleine Tanzlokal neben dem Dorffrestaurant. Heute ist oft nur noch wenig von all diesen Möglichkeiten übrig geblieben. "Das sind Relikte eines vergangenen Systems" bekommt man oft zu hören und im gleichen Atemzug "zu unrentabel geworden".

Wenn wir davon sprechen, dass die Gesellschaft in der DDR erfahren hat, wie man auf Grundlage der Werte von Gemeinschaft und Solidarität gemeinsam lebt, dann ist das sicherlich nur die halbe Wahrheit. Auf der anderen Seite warf der Staat lange Schatten auf die po-

sitiven Errungenschaften, indem er jegliche gesellschaftliche Regung unterdrückte und sich politisch außerstande sah, abweichende Meinungen abseits des Kurses der Einheitspartei SED auszuhalten. Dies führte bei vielen Menschen zu einem Gefühl der Enge, zu einem Nichtvorhandensein von Bewegungsspielraum, nicht zuletzt durch einen großen Überwachungsapparat, der Gift für das gegenseitige Vertrauen war.

Wie bereits im Text geschildert, kam durch die Vorweidezeit neue Hoffnung bei vielen Menschen auf, dass das System doch noch reformierbar und demokratisierbar sein könnte. Mit dem Ausverkauf der DDR kam es dann von einem auf den anderen Tag ganz anders. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus in der DDR und später der Sowjetunion, brachen ganze Lebensausrichtungen und Weltbilder in sich zusammen. Für große Niedergeschlagenheit blieb aber keine Zeit, musste man sich doch in dem neuen System schnell orientieren und schauen, wie man sich und seine Familie über Wasser halten konnte. Demzufolge, gerade mit Blick auf die Generationen, welche die DDR auch abseits ihrer Entzüge kennengelernt haben, wurde der Hoffnung auf die Möglichkeit eines Systems abseits vom Kapitalismus ein herber Schlag versetzt. Immer noch oder vielleicht eher gerade deshalb besteht in Ostdeutschland nach wie vor eine große Skepsis gegenüber der Bundesrepublik und nur wenig Menschen werden in die "Hurra" Rufe der jetzigen Bundesregierung einfallen, wenn es darum geht, gegen einen ehemaligen sozialistischen "Bruderstaat" in den Krieg zu

ziehen. Mit einem Land, das vorgibt, für Wohlstand und Chancengleichheit zu kämpfen, liebäugelt man weniger, wenn die selbst gemachten Erfahrungen ganz anders aussehen. Auch heute und damit mehr als 34 Jahre nach dem Mauerfall hält sich die Ungleichbezahlung gleicher Arbeit zwischen Ost und West ebenso wacker, wie gegenseitige Vorurteile. Während Ostdeutsche von der Gegenseite als unzufrieden, misstrauisch und bequem dargestellt werden, gelten Westdeutsche wiederum oft als machtgierig, ehrgeizig und egoistisch. Dass sich diese Stereotypen halten, ist Ausdruck gesellschaftlicher Erfahrungen, die auch in die neuen Generationen weitergegeben werden. Gerade weil der Osten mehr als drei Jahrzehnte nach der Wende immer noch wirtschaftlich benachteiligt ist, gibt es bei vielen Jugendlichen neben der wahrgenommenen Perspektivlosigkeit auch ein großes Misstrauen in das politische System. Was aber können wir daraus schlussfolgern?

Aus den Erfahrungen unserer Eltern und Großeltern können wir einiges lernen. Viele von diesen Menschen haben an eine andere, solidarische Gesellschaft geglaubt. Diese Idee, auch wenn sie noch so begraben ist unter den Trümmern eines zusammengebrochenen Systems, wird sich nicht so schnell auslöschen lassen. Lasst uns diese Ideen wieder hervorholen, mit denjenigen Menschen reden, die mehr zu der DDR zu sagen haben als "SED Diktatur" und von ihren Erfahrungen lernen.

Wählen – ein Privileg unserer Demokratie?

„Wählen zu gehen ist das höchste Privileg in einer Demokratie. Wenn du darauf verzichtest, wirst du bald vielleicht nicht mehr wählen können.“ Dieser Satz erscheint am Ende des neuen Musikvideos „Demokratie“ der Band *Die Ärzte*. Welche Vorstellung von einer Demokratie wird uns hier vermittelt? Wenn Wählen in einer Demokratie das höchste Privileg sein soll, was macht dann noch eine Demokratie aus? Wir sollen also dankbar dafür sein, überhaupt ein Minimum an Mitbestimmung zu erhalten?

Es ist kein Privileg, wählen zu gehen, es ist die Voraussetzung, dafür, dass sich der deutsche Staat als eine Demokratie bezeichnen kann. Mit Aussagen wie dieser oder auch der *Liedzeile* „*Dein Kreuz gegen Hakenkreuze, damit fängt es an*“ wird ein sehr gefährliches Demokratieverständnis vermittelt, jedoch eines, welches viele Politiker:innen teilen. Dabei wird wieder das Argument genutzt, dass die Menschen doch froh sein sollten, überhaupt in einer Demokratie leben zu dürfen. Der Faschismus ist somit immer eine Drohung, die über der parlamentarischen Demokratie zu schweben scheint. Um es mit den Worten des ehemaligen Auschwitz-Häftling Primo Levi zu sagen: „*Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen*“. Den Faschismus an der Wurzel zu bekämpfen, bedeutet, sich selbstbestimmt zu organisieren, als Gesellschaft wirklich das eigene Leben in die Hand zu nehmen und nicht einer Scheinfreiheit hinterherzujagen.

Wir leben tagtäglich in einer Lüge der Freiheit. Ein sehr gefährliches Stadium, denn dadurch nehmen wir die tatsächliche Enge und Bedeutungslosigkeit kaum mehr wahr.

Was also tun?

Wir sollten uns nicht weiter vor der Realität, den Problemen und insbesondere vor unserer eigenen Unfreiheit wegducken. Michael Panser beschreibt diese Notwendigkeit folgendermaßen:

"Wir stehen gerade an dem Punkt, an dem die Hegemonie, die die staatliche Sphäre über unsere Lebensformen ausübt, bröckelt. Das fragile Gleichgewicht der weichen Herrschaft über die Kindermenschen des Westens, die wie in Watte eingepackt im Schlaraffenland" des freien Konsums leben (zum Preis ihrer möglichen Erfahrungen, ihres freien Denkens, ihrer körperlichen Unversehrtheit und der Zukunft ihres Planeten), ist gekippt. Wir sind von Neuem offen vor die Wahl gestellt: Akzeptieren wir die Realität, die uns die staatliche Welt bietet, die immer offener gewalttätig, zerstörerisch gegenüber Menschen und der Natur wird? Oder wagen wir, wie Generationen vor uns, das Experiment von etwas Neuem: eine Welt, in die viele Welten passen?"

Diesem fragilen Gleichgewicht und der immer offener werdenden Staatsgewalt gilt es, in die Augen zu bli-

cken. Der Faschismus findet genau in diesem Nicht-sehen-wollen und der Mentalität, wortwörtlich über Leichen das Bild einer "Heilen Welt" aufrecht zu erhalten, seine Möglichkeit zu wachsen.

Den Menschen in unserer Nachbarschaft, in unseren Dörfern und Städten aufzuzeigen, wie wichtig es ist, wieder einen Willen zu entwickeln, kann ein erster guter Schritt sein. Einen Willen entwickeln unabhängig von oberflächlichem Konsum, sondern hin zu dem Wunsch nach tiefen Verbindungen, die auf gemeinsamen Vorstellungen von einer gerechteren Welt basieren.

Lasst uns die Isolierung überwinden und beginnen, all die Impulse, Schritte und Schreie zu vereinen. Es gibt nichts Schöneres, es gibt keine tiefere Verbindung, als unter Menschen, die sich gemeinsam dafür entschieden haben, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen, die entschieden haben gemeinsam zu kämpfen.

Während wir für eine bessere Welt kämpfen, ist es unabdingbar, dass wir diese bereits beginnen zu leben. In der Art und Weise, wie wir einander begegnen und welchen Dingen wir Bedeutung schenken. Das flüchtige Alltagsleben lädt dazu ein, alles einfach passieren zu lassen. Erst wenn wir es schaffen, dass freie Leben in uns zu verkörpern und die Freude darin auszustrahlen, dann werden andere Menschen auch den Wunsch entwickeln sich mit uns auf diesen schönen und manchmal auch sehr beschwerlichen Weg zu begeben. Dann

können wir verkörpern, was es bedeutet, für ein freies Leben einzustehen. Das beginnt schon damit, wie wir der Frau beim Bäcker und dem Schulkind in der Straßenbahn begegnen.

Dabei ist ein grundlegend falscher Ansatz, die Menschen um uns herum für ihre Sozialisierung zu verurteilen und zu meinen, wir hätten jetzt ihre Realität verstanden und wüssten es besser. Es geht vielmehr darum, eine Liebe für die Menschen zu entwickeln, für die Natur und die Heimat um uns. Eine Liebe, die an das Gute glaubt und daran, dass überall der Wille zur Veränderung aufflammen kann. Erst wenn wir beginnen, einander wirklich zu begegnen, die Menschen vor uns mit all ihrem Sein, ihren Geschichten und Erfahrungen anzuerkennen, dann können wir auch gemeinsam einen Weg einschlagen, einen Weg hin zu einer befreiten Welt.

Für uns konkret darf die faschistische Gefahr, mit der wir konfrontiert sind, nicht bedeuten uns noch mehr vereinzeln zu lassen, uns den Raum vom Faschismus nehmen oder uns von ihm verscheuchen zu lassen. Die Bedrohung muss bedeuten, dass wir uns deutlich stärker als zuvor lokal organisieren und überregional vernetzen. Es gilt, sich den Raum aktiv zu nehmen, den Rechte und Faschisten sich wie selbstverständlich okkupieren. Sind Faschisten in unseren Städten und Dörfern aktiv, darf das nicht länger bedeuten, dass wir uns zurückziehen oder vertreiben lassen. Nur durch die lokale Verankerung und gleichzeitige koordinierte Orga-

nisierung zwischen den Städten und Regionen, werden wir in der Lage sein, voneinander zu lernen, einander zu unterstützen und zu stärken. Wir müssen dem Aufschwung der Faschisten, den Aufbau einer klaren antifaschistischen Jugendbewegung entgegensetzen. Einer Bewegung, die geeint in ihren Zielen, unterschiedlich in ihren Methoden agiert und einer rechten Jugendkultur den Boden entzieht.

Es ist keine Unmöglichkeit, Jugendliche vor uns haben es schon geschafft und es wird auch nach uns immer Menschen geben, die den Willen zur Gerechtigkeit aufnehmen und weitertragen. Wir sind schon in Bewegung, waren es immer und werden es auch immer bleiben. Es bleibt nur die Frage, wollen wir diese Bewegung hier und heute in eine organisierte Form bringen, in einen gemeinsamen Willen gießen.

Die Zeit ist gekommen, lasst uns aufstehen für unsere Mütter, die ihr ganzes Leben alles darangesetzt haben, dass wir es einmal besser haben, lasst uns aufstehen für alle Kinder weltweit, die fragend durch die Welt gehen und langsam all die Ungerechtigkeiten begreifen, lasst uns aufstehen für alle Menschen, die aufgrund von Macht und Profitinteressen ihre liebsten Menschen und ihre Heimat durch Bomben verloren haben und lasst uns für uns aufstehen, aus einem tiefen Willen zur Befreiung.

Es ist an der Zeit.

***"Ich möchte, dass
die Menschen aufstehen"***

- Esther Bejarano



